

EINWOHNERRAT

Protokoll

der 14. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2008-2012)

Sitzungsdatum: 18. November 2009
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 – 21.00 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Armin Bieri, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Dr. Anton Lauber, Präsident
Nicole Nüssli-Kaiser, Vizepräsidentin
Christoph Morat
Heinz Giger
Arnold Julier
Thomas Pfaff

Gemeindeverwaltung: Sandra Steiner, Gemeindeverwalterin

Gäste: ---

Entschuldigt: Franziska Pausa
Giulio Vögelin
Jürg Gass abwesend ab 19.50 Uhr

Abwesend: Benedikt Gnos

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 37 Anwesende = 25
19.50 Uhr 36 Anwesende = 24

Bereinigte Traktandenliste

1. Wahl eines Ersatzmitgliedes der **Kommission für Gemeindeordnung und –reglemente** für Cedric Roos, SVP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2012) Geschäft 3904
2. Bericht des Gemeinderates vom 14.10.2009 sowie Stellungnahme der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission / Geschäftsprüfungskommission vom 27.10.2009 betreffend **Kosten- / Leistungsrechnung Wie weiter?**

Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber	Geschäft 3895/A
3. Wahl eines Mitgliedes für den Projektlenkungsausschuss „Neukonzipierung Kosten- / Leistungsrechnung“	Geschäft 3897
4. Wahl eines Mitgliedes für den Projektlenkungsausschuss „Neukonzipierung Kosten- / Leistungsrechnung“	Geschäft 3898
5. Bericht des Gemeinderates vom 28. Oktober 2009 zum Postulat von Sarah Lorenz, CVP-Fraktion, vom 20. Juni 2007 betreffend Auswirkungen der neuen Integrationspolitik von Bund und Kanton auf die Gemeinde Allschwil Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier	Geschäft 3738/A
6. Interpellation von Josua M. Studer, vom 16.09.2009 betreffend Allschwiler-Website Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber	Geschäft 3888/A
7. Interpellation von Julia Gosteli, Grüne Allschwil, vom 22.10.2009 betreffend Fastzusammenstoss am 15.08.2009 über Allschwil Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber	Geschäft 3899
8. Motion von Siro Imber, FDP/GLP-Fraktion, vom 28.05.2009 betreffend Anpassung der Subventionsschlüssel an das Nettoeinkommen Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme Geschäftsvertretung: VP Nicole Nüssli	Geschäft 3864
9. Postulat von Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion, vom 08.09.2009 betreffend Gratis Sperrgutabfuhr Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt	Geschäft 3876
10. Postulat von Jérôme Mollat, FDP/GLP-Fraktion, vom 14.09.2009 betreffend Installation einer thermischen Solaranlage auf dem Flachdach des Schulzentrums Neuallschwil Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat	Geschäft 3894
11. Motion von Josua M. Studer, vom 16.09.2009 betreffend Entlöhnung der Einwohnerratssitzung analog Kommissionssitzung Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber	Geschäft 3885
12. Verfahrenspostulat von Josua M. Studer, vom 16.09.2009 betreffend Neues Geschäftsreglement des Einwohnerrats Antrag des Büros: Entgegennahme Geschäftsvertretung: Präsident Büro ER	Geschäft 3887
13. Motion von Josua M. Studer, vom 16.09.2009 betreffend Tonaufnahme der Einwohnerratssitzungen als Podcast Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber	Geschäft 3890
14. Postulat von Josua M. Studer, vom 16.09.2009 betreffend „Stopsignalisation“ ändern auf „Kein Vortrittsignalisation“ Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff	Geschäft 3892

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER des Gemeinderates

Für das Protokoll:

Jörg Bertsch / Sandra Steiner, Gemeindeverwalterin

Einwohnerratsprotokoll Nr. 14 vom 18. November 2009

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Der Präsident des
Einwohnerrates Allschwil**

Armin Bieri

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

Armin Bieri, Präsident: Geschätzte Anwesende, ich möchte die Sitzung eröffnen und begrüsse euch zur heutigen Einwohnerratssitzung.

[**Entschuldigungen/Präsenz:** siehe Protokolleingang]

Ich komme zu den **Mitteilungen** aus dem Präsidium.

Ich möchte nochmals kurz zurückkommen auf die neue E-Mail-Adresse einwohnerrat@allschwil.ch. Es kam von der Verwaltung nochmals der Wunsch, dass an diese Adresse klar definiert alle politischen Sachen gehen, sprich Interpellationen, Motionen, Postulate, oder Fragen, die den Einwohnerrat betreffen. Alles andere, generelle Fragen, sollten an Sandra Steiner gehen, damit man das noch etwas besser vorfiltrieren kann.

Des Weiteren kam noch eine Einladung an den Gesamteinwohnerrat an das Jahreskonzert des Musikvereins Allschwil. Es findet statt am Samstag, 28. November 2009, 20.00 Uhr in der Turn- und Konzerthalle Gartenstrasse. Für Interessierte habe ich hier vorne das Programm.

Wir kommen zu den **Vorstössen**. Es hat keine dringlichen Interpellationen und Postulate. Es hat ein neues Postulat von Gabi Huschke, betreffend Durchführung von zwei Bring- und Holtagen pro Kalenderjahr. Frau Huschke, wollen Sie etwas dazu sagen? [Verneint]

Wir kommen zur **Traktandenliste**. Sind da Fragen oder Beanstandungen? – Das ist nicht der Fall. Somit gilt sie als genehmigt.

472 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1

Wahl eines Ersatzmitgliedes der Kommission für Gemeindeordnung und –reglemente für Cedric Roos, SVP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2012), Geschäft 3904

Hans-Peter Tschui, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion schlägt Ihnen Florian Spiegel vor.

Armin Bieri, Präsident: Gibt es weitere Vorschläge? Ist die Wahl bestritten?

://:

Florian Spiegel ist in stiller Wahl als Ersatzmitglied der Kommission für Gemeindeordnung und –reglemente gewählt.

473 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2

Bericht des Gemeinderates vom 14.10.2009 sowie Stellungnahme der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission / Geschäftsprüfungskommission vom 27.10.2009 betreffend Kosten- / Leistungsrechnung Wie weiter? Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber, Geschäft 3895/A

Hans-Peter Tschui, Präsident der Finanz- und Rechnungsprüfung (Fireko): Die GPK und die Fireko begrüßen die Initiative des Gemeinderates, konkrete Antworten auf die Frage „Kosten-/Leistungsrechnung – wie weiter?“ zu suchen. Es ist offensichtlich, dass die bestehende Lösung Schwachstellen aufweist und den heutigen Anforderungen weder inhaltlich noch technisch zu genügen vermag. Wir haben verstanden, dass mit einer Fassadenrenovation die bestehenden Probleme nicht zu lösen sind. Es müssen zuerst grundlegenden Fragen zu den Erwartungen und Anforderungen aller Anspruchsgruppen beantwortet werden. Diese Fragen beziehen sich auf die übergeordnete Architektur der Kosten-/Leistungsrechnung. Nur wenn diese bekannt sind, lassen sich die Grundstrukturen, das Raumkonzept und die Infrastruktur dieses Hauses bestimmen – wenn ich das einmal so sagen darf. Der vom Gemeinderat vorgeschlagene Ansatz ist deshalb richtig und wird von beiden Kommissionen gestützt. Es ist allerdings so, dass wir zur Beurteilung der Ausgangslage, resp. der im Bericht dargestellten Handlungsoptionen schon gerne ein bisschen mehr Fleisch am Knochen gehabt hätten. Die Einordnung und Beurteilung dieser Varianten hinsichtlich ihrer Stärken und Schwächen, resp. Ihrer Chancen und Risiken wäre hilfreich gewesen. Wir wären gegebenenfalls auch schneller und mit weniger Aufwand zu diesen wichtigen Beurteilungen gekommen. Wir wünschen uns deshalb, dass zukünftige Projektanträge nicht nur mit qualitativen Argumenten hinterlegt werden, sondern auch mir quantifizierbaren groben Angaben zu einmaligen und wiederkehrenden Kosten und dem entsprechenden Nutzen, sowie mit Stärken-/Schwächen-, Chancen-/Risiken-Analysen, sofern das mit vertretbarem Aufwand zu machen ist. Zur Absicherung unserer Einschätzungen haben wir uns auch informiert, was die Wissenschaft aktuell zu diesem Thema meint. Und weiter haben wir unsere Beurteilungen unter Beizug von externer Expertise einer zweiten Meinung unterzogen. Es ist unbestritten und allgemein akzeptiert, dass wirkungsorientierte Verwaltungsführung neue und intensivere Aufsichtsmechanismen erfordert, weil der Verwaltung grössere Handlungsfreiheit bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zugestanden wird. Es ist ebenso unbestritten, dass die bisherigen Anstrengungen noch nicht zu den angestrebten Ergebnissen geführt haben. Vieles ist nicht optimal. Vieles ist durch äussere Entwicklungen in Frage gestellt. Und die Akzeptanz in den Anspruchsgruppen ist nach wie vor nicht zufrieden stellend. Diese Beurteilung wird sowohl von der Uni St. Gallen, von Prof. Schedler, wie von der Uni Bern, Prof. Lienhard, bestätigt. Prof. Schedler, Leiter des Instituts für öffentliche Dienstleistungen an der Uni St. Gallen, hat eine Standortbestimmung „10 Jahre wirkungsorientierte Verwaltungsführung“ verfasst. Ich gebe spotartig die wichtigsten Erkenntnisse wieder: Erstens: Die neuen Instrumente werden nach wie vor zu wenig genutzt, und zwar in einer abnehmenden Nutzerkaskade von der Verwaltung über die Exekutive zur Legislative. Zweitens: Die Produkt- und Dienstleistungssortimente werden zu statisch betrachtet und nicht an Veränderungen angepasst. Drittens: Die Steuerung des Verwaltungshandelns über Indikatoren hat noch nicht zu den erwarteten Verbesserungen geführt, weil sie zu umfangreich ist, zu komplex und zu bürokratisch. Viertens und letztens: Die Kosten-/Leistungsrechnung ist vielfach die zentrale Schwachstelle, weil Kosten einfach versorgt werden, ohne aber zuverlässige Führungsinformationen zu liefern. Das gilt in Teilaspekten selbstverständlich auch für die Einwohnergemeinde Allschwil. Beide Kommissionen haben dies in ihrer Arbeit konkret erfahren und festgestellt. Wir halten fest, dass die Kosten-/Leistungsrechnung ein unverzichtbares Instrument ist zur wirkungsorientierten Verwaltungsführung. Sie ist es, und sie soll es auch bleiben. Unsere Empfehlung, den Anträgen des Gemeinderates zuzustimmen, wurde auch von einer eingeholten zweiten Meinung eines externen Experten unterstützt. Der Bericht des Gemeinderates kann als gute Grundlage für die Grundsatzentscheidung für eine Reform der Kosten-/Leistungsrechnung betrachtet werden. Schlussfolgerung: Fireko und GPK halten es für richtig und wichtig, den Gemeinderat zu ermächtigen, das Reformprojekt für eine neue Kosten-/Leistungsrechnung zu initialisieren und die notwendige Projektorganisation zu implementieren. Die Projektleitung erhält den Auftrag, unter Einschluss des Wissens und der Erfahrungen der letzten Jahre ein organisatorisches, funktionales und technisches Konzept auszuarbeiten. Die Anforderungen und Zielsetzungen aller Anspruchsgruppen sind in das Konzept einzubeziehen, damit eine breit abgestützte Akzeptanz der neuen Lösung erreicht werden kann. Mit der heutigen Entscheidung wird weder das funktionale Modell noch das technische Instrumentarium zur Umsetzung und zum Betrieb der neuen Lösung präjudiziert. Der Einwohnerrat wird aktiv in das Projekt involviert, die GPK und die Fireko nehmen mit je zwei Vertretern im Projektlenkungsausschuss Einsitz, und aus der Mitte des Rates werden zwei weitere Vertreter in diesen Gremium delegiert. Wir unterstreichen damit unseren Willen und unsere Bereitschaft, als politische Instanz bei diesem Reformprojekt aktiv und gestaltend mitzuwirken.

Andreas Bammatter, Präsident der Geschäftsprüfungskommission (GPK): Ich habe nur eine kleine Ergänzung. Wie Hans-Peter Tschui bereits ausführlich erläutert hat, haben die beiden ständigen Kontrollorgane des Einwohnerrats, die Fireko und die GPK, eine gemeinsame Stellungnahme eingereicht und ihre Überlegungen schriftlich dargelegt. Als Präsident der GPK, in Abstimmung mit allen GPK-Mitgliedern, werde ich jetzt nochmals auf das Thema „Überbrückung der Zeit zwischen allfälliger Sistierung des heutigen Systems und operativem Start des allfälligen zukünftigen Systems“ eingehen. Es betrifft das, wie bekannt, nach Angaben des Gemeinderates die Rechnungsjahre 2010, 2011 und 2012.

Dazu ist noch Folgendes zu sagen: Unser Gemeindegesetz ist in diesem Punkt eindeutig und gibt der GPK auch in dieser Zeit ein umfassendes Prüfungsrecht. Denn gemäss Art. 112, Abs. 2 und 3 des Gemeindegesetzes hat die GPK bekanntlich ein umfassendes Prüfungsrecht über alle abgeschlossenen Tätigkeiten der Verwaltungszweige. Dabei hat sie auch ein Akteneinsichtsrecht. Und die Verwaltungsstellen sind zudem verpflichtet, vollumfänglich Auskunft zu erteilen. Hierzu weise ich hin auf Art. 103, Abs. 1 und 2 des Gemeindegesetzes. Als Ergänzung ist zu erwähnen, dass auch die Fireko gem. Art. 99 und 100 des Gemeindegesetzes sehr weitreichende Befugnisse hat. Somit kann die GPK zusammen mit der Fireko auch in den Rechnungsjahren 2010, 2011 und 2012 ihre Kontrollfunktion genügend ausüben. Ich empfehle somit auch aus der Sicht von uns Präsidenten und der GPK, den Anträgen des Gemeinderates zuzustimmen.

Gemeindepräsident Dr. Anton Lauber: Ich danke zuerst den beiden Präsidenten und den beiden Kommissionen für ihre Ausführungen und insbesondere für die vertiefte Auseinandersetzung mit dem Thema. Es wurde gesagt – ich möchte gerade mit Andreas Bammatter anfangen – das Recht der GPK und der Fireko soll in der Zeit von 2010, 2011 und 2012 in keiner Art und Weise eingeschränkt werden. Ganz im Gegenteil, diese Rechte bleiben völlig untangiert von dieser Kosten-/Leistungsrechnung. Grundsätzlich ist es nämlich so, dass eine Kosten-/Leistungsrechnung gar nicht vorgesehen ist in der kantonalen Gesetzgebung, dass sie bei uns nicht vorgeschrieben ist und wir sie also in dem Sinne freiwillig führen. Mit anderen Worten: Über abgeschlossene Geschäfte können die GPK und die Fireko jederzeit eine vollumfängliche Untersuchung durchführen. Das ist ganz klar, und das war nie ein Thema. Wenn wir den heutigen Stand anschauen, dann darf ich feststellen: Wir haben einmal von New Public Management gesprochen. Dann wurde es zu viel Englisch, dann hat man von „Allwo“ geredet – „Allschwil wirkungsorientiert“ – und dann ging das immer so weiter, bis zu dem Produkt, das wir heute haben. Wenn ich das Ganze heute anschau, dann ist es so, dass ich feststellen kann, wir sind nicht mehr am Anfang, aber aus heutiger Sicht auch noch nicht am Ende. Als wir vor acht Jahren angingen, suchten wir von Anfang an sehr intensiv den Kontakt mit dem Einwohnerrat und haben das ganze Projekt zusammen mit dem Einwohnerrat aufgebaut. Das Ziel war es, eine transparente Verwaltung zu schaffen, das Ziel war es, ein Führungsinstrument zu schaffen für den Einwohnerrat, für den Gemeinderat und für die Verwaltung. Und ich denke, von diesen Zielen haben wir doch einiges erreicht. Wenn ich die Transparenz ansprechend darf: Sie ist extrem hoch. Das heisst mit anderen Worten, jede Leistung, die in der Gemeinde erbracht wird, kann bis ins Detail nachvollzogen werden in dieser Kosten-/Leistungsrechnung. Nun hat aber auch Transparenz von Zeit zu Zeit ihren Nachteil, indem sie vielleicht dann all zu viele Informationen mit sich bringt. Und genau das ist bei uns aufgetreten. Es entstand eine sehr grosse Informationsdichte. Wir haben einmal von der berühmten Rasenschnitthöhe geredet: Wenn da definiert ist, dass der Rasen geschnitten werden muss, wenn er zwischen vier und acht Zentimetern hoch ist. Die Regelungstiefe wurde sehr gross. Warum das? Vom Prozess her – und einige von Ihnen konnten das damals auch mitverfolgen – merkte man natürlich: Da kommt ein griffiges Instrument, das viele Informationen bringt, und mit diesem Instrument kann ich die ganze Verwaltungsarbeit überblicken und letztendlich auch kontrollieren. Damit hat man sich so viele Regelungen gewünscht wie nur möglich. Das fing dann an bei den Produkten, den Produktgruppen und so weiter, bei den Indikatoren und allen Zielbestimmungen. Heute, darf man feststellen, haben wir sehr viele Indikatoren und damit eine grosse Informationsdichte; aber vielleicht eine zu grosse Informationsdichte. Dies auch verbunden mit der Tatsache, dass diese Informationen ja zum einen aussagekräftig sein sollten und zum anderen auch effektiv für die Führung der Gemeinde Allschwil dienen sollten. Die Aussagekraft wurde von GPK und Fireko immer wieder einmal angezweifelt, zum Beispiel von Thomas Pfaff, der das damals noch als Präsident der GPK gemacht hat. Stimmen die Indikatoren? Ich möchte nur ein Beispiel geben. Wenn man sagt „Anzahl eingegangene Reklamationen“, dann tönt das einleuchtend. Aber man kann sich auch fragen: Wann ist eine Reklamation eine Reklamation? Wenn sie schriftlich kommt? Wenn sie telefonisch kommt? Wenn sie per E-Mail kommt? Wenn der Betreffende einen roten Kopf hat? Oder wenn es nur als Empfehlung meint? Es ist schwierig. Grundsätzlich ist das Thema: Wann erfasse ich dann eine Reklamation? Das sind Themen, die uns bekannt sind, und die wir einmal so aufgenommen haben. Dann durften wir auf der Stufe Steuerung/Führungsinstrument feststellen, dass das Bündel auf der Gemeinde so hoch ist, dass das Bündel, das zu mir kommt, so hoch ist, und dasjenige, das an den Einwohnerrat kommt, so hoch – aber alle sind immer noch massiv mit dem Papier beschäftigt, das auftaucht. Das führt dazu, dass wir wochenlange Sitzungen machen müssten, um das ganze Thema abarbeiten und dem Instrument gerecht werden zu können. Denn es geht ja nicht nur darum, das alles zur Kenntnis zu nehmen, sondern auch darum, dann aufgrund dieser Erkenntnisse einen Steuerungsprozess in Gang zu setzen. Und da haben wir festgestellt: Da wir die neuen Steuerungsprozesse kaum benutzt und vorab immer noch mit den alten Steuerungsprozessen gearbeitet haben, sollte man das System an diesem Punkt verbessern. Ich denke da auch an die Situation hier im Einwohnerrat, wenn es darum geht, Leistungspostulate zu deponieren, dann ist das nicht so einfach. Ich will hier aber nicht nur über den Einwohnerrat reden, sondern auch über den Gemeinderat. Auch im Gemeinderat war es nicht einfach,

aufgrund des jetzigen Instrumentariums effektiv führen zu können im Sinne der Kosten-/Leistungsrechnung. Ich sagte es eingangs: Es ist nicht vorgeschrieben, dass wir so eine Kosten-/Leistungsrechnung haben. Aber der Gemeinderat kam zum Schluss, dass es für Allschwil sehr wichtig ist. Wir waren damals eine Pioniergemeinde. Es ist ganz klar, dass man das, was wir damals erarbeitet haben, heute weiterentwickeln sollte; und dazu ist der Gemeinderat auch fest entschlossen. Es braucht dazu aber gewisse Prämissen. Das ganze Thema muss verschlankt werden, wie das bereits gesagt wurde, so dass wir es als Führungsinstrument wieder brauchen können. Das Kosten-/Leistungs-Verhältnis muss dann auch stimmen beim Erstellen der Kosten-/Leistungsrechnung. Was ja auch nicht unterschätzt werden darf: Dahinter steckt eine riesige Arbeit, bis das ganze Papier steht; und dann wird damit wenig gesteuert. Das ist dann natürlich schon nicht sehr befriedigend. Nichtsdestotrotz stellen wir Ihnen den Antrag, dass wir das Projekt heute miteinander aufgleisen, und ich sage ganz bewusst „miteinander aufgleisen“. Ich sage auch nicht, wir schliessen es heute aber, oder wir können Ihnen schon alle Stärken oder Schwächen präsentieren, wie es vom Fireko-Präsidenten zu Recht angesprochen wurde. Was wir heute machen, ist einzig und allein der Projektstart. Wir sind der Meinung, wenn wir ein Instrumentarium haben wolle, das für die Kontrollorgane optimal ist, das für den Einwohnerrat optimal ist und auch für den Gemeinderat optimal ist, dann müssen wir auf der Basis aufbauen, die wir heute haben, und dann schauen, wie wir es weiterentwickeln können. Und das soll Aufgabe sein des Einwohnerrates zusammen mit dem Gemeinderat und der Verwaltung. Das heisst mit anderen Worten: Die SWOT-Analyse, die Stärken-Schwächen-Analyse, die vom Präsidenten der Fireko angesprochen wurde, machen wir gemeinsam. Das heisst, wir stehen effektiv am Anfang des Projekts und werden gemeinsam die Stärken-Schwächen-Analyse machen und das Projekt gemeinsam zum gemeinsam definierten Ziel hinführen und es so entwickeln, dass letztendlich alle geschlossen hinter dem neuen Ergebnis stehen können. Damit ist das Ziel für mich ganz zwingend ein Führungsinstrument für Gemeinde- und Einwohnerrat, ein Führungs- und Kontrollinstrument für unsere Kontrollorgane. Und dann gibt es noch einen wichtigen Punkt, der für mich auch von grosser Bedeutung ist, nämlich der so genannte Benchmark. Ich verspreche mir natürlich davon, wenn andere Gemeinden einem solchen System folgen, dass wir in einen Benchmark hineinkommen, durch den wir unsere Leistungen und Kosten mit denjenigen anderer Gemeinden vergleichen können. Ein anderer Aspekt, der auch noch angesprochen wurde: Wir haben sowieso Handlungsbedarf. Sie haben es alle in der Vorlage gesehen: Das HRM 2, also das harmonisierte Rechnungsmodell, muss umgesetzt werden, und gleichzeitig haben wir auch immer wieder Update-Probleme mit der bestehenden Software. Das ist leider ein Problem, das die meisten von ihnen auch kennen. Man ist da immer abhängig von den Software-Lieferanten. So dass sich auch aus diesen Aspekten heraus ein Revisionsbedarf ergibt und gleichzeitig aber auch eine Lösung aufgezeigt wird hin zu einer Neukonzipierung dieser ganzen Thematik. Summa summarum bin ich sehr zuversichtlich. Ich bin dankbar, dass der Einwohnerrat – so hoffe ich – den beiden Kommissionen folgt und die Sistierung beschliesst für die Jahre 2010, 2011 und 2012. Ich gebe es gerne zu, Andreas Bammatter, diese Diskussion war mir auch nicht sehr sympathisch. Wir haben das auf der Gemeinde intensiv diskutiert. Letztendlich war das Thema aber: Ich bin zum ersten überzeugt, die Tätigkeit der Kontrollorgane leidet nicht, und zum zweiten bin ich überzeugt, dass wir die Zeit, die wir sparen beim Erstellen von etwas, das dann nicht sehr intensiv als Führungsinstrument gebraucht wird, besser nutzen können für die Neukonzipierung dieses Instruments. Und darum wagt es der Gemeinderat auch, an Sie heranzutreten und gleichzeitig auch die Sistierung zu beantragen für die Jahre 2010, 2011 und 2012.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Wir von der CVP-Fraktion unterstützen den Antrag der Gemeinde, und zwar auch aus der Überlegung heraus, dass wir im Moment die Situation haben, dass man vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr sieht. Der Gemeindepräsident sagte es gerade: Man hat so viel Papier, dass es schon vom Umfang her schwierig ist, den Inhalt dieser Papiere würdigend zur Kenntnis zu nehmen und verarbeiten zu können. Darum meinen wir, dass solche eine Neukonzipierung allemal Sinn macht. Es geht ja auch nicht darum, sofort das fertige Produkt zur Verfügung zu stellen, sondern einfach einmal den Startschuss zu setzen, um dann zu schauen, wie man die Sache verbessern kann.

Jérôme Mollat, FDP/GLP-Fraktion: Wir von der FDP/GLP sind vom grundsätzlichen Nutzen der Kosten-/Leistungsrechnung überzeugt. Wir finden, dass dieser erwiesen ist. Es ist aus unserer Sicht unverzichtbar zu wissen, wie viel die Gemeindeleistungen den Steuerzahler unterm Strich jährlich kosten, wie viel z.B. ein Robi-Spielplatz oder die Kinder- und Jugendzahnpflege oder auch die Feuerwehr unter Vollkostenrechnung jährlich kosten. All diese Informationen sind nämlich im Bericht ersichtlich. Wir sind auch der Meinung, dass es eigentlich verfehlt wäre, aus dem Umstand, dass kaum Leistungspostulate ergriffen werden, zu schliessen, dass diese Rechnung keine Bedeutung hätte. Weiter möchten wir noch etwas sagen zu dieser dreijährigen Lücke. Wir erachten es als vertretbar, dass während drei Jahren keine neuen Zahlen erhältlich sind, und zwar einfach aus dem Umstand heraus, dass diese Zahlen von

Jahr zu Jahr verhältnismässig wenig schwanken. Aus diesen Überlegungen heraus unterstützen wir die Anträge des Gemeinderates, die Kosten-/Leistungsrechnung weiterzuführen und zu reformieren.

Josua Studer, parteilos: Ich begrüsse es sehr, dass der Gemeinderat diese Sache überarbeitet haben möchte. Ich konnte in der GPK mitarbeiten an dieser Kosten- und Leistungsrechnung. Das ist wirklich nicht gerade das Gelbe vom Ei. Die Sistierung auf drei Jahre fände auch sehr optimal, denn man muss jetzt nicht gerade das Kind mit dem Bad ausschütten. Ich habe aber zu den Anträgen des Gemeinderates ein paar Anmerkungen. Dass er im Antrag 3 wünscht, dass die Fireko und die GPK je zwei Mitglieder aus ihren Reihen in die Projektgruppe delegieren, begrüsse ich; ich finde das sehr gut. Was mich aber stört, ist, dass gemäss Antrag 4 der Einwohnerrat an der heutigen Sitzung zwei Mitglieder aus seinen Reihen wählen soll. Es wird sehr schwierig werden, aus 40 Leuten zwei zu wählen. Ich erachte es als sinnvoller, wenn die zwei Kommissionen, Fireko und GPK, das sind zusammen 14 Leute, zwei Leute aus unseren Reihen, die derzeit nicht diesen Kommissionen angehören, in Absprache bestimmen. Das wäre sicher ein einfacheres System, als wenn wir hier drin ein grosses Wahlgeschäft veranstalten mit den Traktanden 3 und 4.

Christoph Benz, SP/EVP-Fraktion: Ich möchte mich eigentlich soweit meinen Vorrednern anschliessen. Nicht gerade dem, was Josua Studer sagte, sondern allem anderen (das geht nicht gegen dich, sondern einfach in der Sache). Wir haben die Papiere eingehend studiert und abgewogen und zurückgefragt und haben zum Schluss gemerkt, dass das nicht nur ein Risiko-Blindflug ist, sondern dass das ja möglich ist, weil die Kontrollorgane ihre Aufgaben weiterhin wahrnehmen können und dies auch tun werden. Die Gründe sind einleuchtend. Von daher werden wir dem zustimmen.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion: Erlauben Sie mir doch heute Abend ein paar kritische Worte zu diesem Geschäft. Ich darf mir an den Hut stecken, dass ich ziemlich lang in der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission tätig gewesen bin, nicht zuletzt als Vizepräsident. Ich darf mir an den Hut stecken, dass ich 1999 den Vertrag unterschrieb mit der Vereinbarung über die Einführung einer wirkungsorientierten Verwaltungsführung „WoV“. 1999 war ich Einwohnerratspräsident und durfte das damals unterschreiben, weil ich Einwohnerratspräsident war. Ich bin ein Vollblutbuchhalter, und ich weiss, was eine Buchhaltung ist. Ich weiss, wie aussagekräftig eine Buchhaltung, eine Finanzbuchhaltung ist. Eine sehr gut geführte Finanzbuchhaltung, wie wir sie auf der Gemeindeverwaltung haben, ist sehr aussagekräftig. Ich war mir 1999 bewusst, dass die Gemeinde Allschwil das will und habe das eigentlich nicht mit viel Herzblut unterschrieben und dann auch weitergezogen. Ich durfte dann in der Fireko diese Leistungspostulate und Leistungsrechnungen anschauen – es war ein wahnsinniger Papiertiger, und es war eine noch wahnsinnigere Arbeit, was da auf der Gemeindeverwaltung geleistet wurde. Der verstorbene Herr von Rohr hat da eine Arbeit geleistet, eine Pionierarbeit, wie sie in dieser Art und Weise gewiss noch niemand durchgeführt hat. Wir hatten dann Gott sei Dank nach dem Verlust von Herrn von Rohr weiterhin Leute, die sich damit identifizierten, ebenfalls mit viel Engagement. Aber all die Arbeit und die Geduld, die man da investierte, sind, wenn man es nach Nutzen und Kosten anschaut, für mich einfach nicht aufgegangen. Herr Lauber hat es heute Abend gesagt: Man könnte zum Beispiel auch über die Höhe des Rasenschnitts diskutieren. Ich muss Ihnen sagen, ich glaube nicht, dass wir den Rasen in den zehn Jahren, seit wir das beschlossen haben, anders geschnitten haben als vorher. Es war einfach ein Beispiel von Herrn Lauber: Das Gras wächst, egal, ob wir da leistungsorientiert sind oder nicht. Ich bin absolut dafür, dass die Verwaltung kontrolliert wird, dass die Verwaltung Führungsinstrumente haben möchte. Aber für mich reicht die FiBu zum Führen. Und was wir da wieder aufgleisen wollen und wozu wir keinen Auftrag haben – es ist kantonal nicht vorgeschrieben – ist für mich ein zweites Rad, das wir Allschwiler wieder neu erfinden wollen. Ich finde einfach, meine Damen und Herren: Belasten wir doch unsere Leute auf der Verwaltung nicht mit derartigen zusätzlichen Aufgaben. Sie haben genug zu tun. Und warten wir doch vor allem das neue Rechnungsmodell HRM2 ab, das ja am 1.1.2012 kommt. Das kommt ja. Warten wir doch erst einmal ab und schauen wir, was das bringt, und ob wir dort noch etwas mehr herausholen können. Also ich werde, obwohl heute Abend alle positiv zu diesem Geschäft eingestellt sind, dem nicht zustimmen, aus den Argumenten heraus, die ich nannte. Für mich ist es eine zu grosse Arbeit, die nicht den entsprechenden Nutzen bringt. Wir haben zur Kontrolle, das hat Herr Lauber gesagt, die Rechnungsprüfungskommission, die die Rechnung gut anschaut. Wenn die irgendwo sieht, dass etwas aus dem Ruder läuft, was die Gemeindeverwaltung nicht schon gesehen hat, dann kann sie eingreifen. Wir haben die GPK, die in jedes Geschäft hineinschauen kann. Wenn wir nun doch schon gemerkt haben, dass das, was wir auf dem Tisch des Hauses haben, nicht das Gelbe vom Ei war – das habe ich aus den Voten herausgehört, und das war auch so – dann weiss ich nicht, wieso wir jetzt nochmals etwas Neues erfinden müssen.

Gemeindepräsident Dr. Anton Lauber: Vielen Dank für die Voten. Ich fange vielleicht kurz mit Kurt Kneier an. Wir haben zwar gesagt, wir machen keinen grossen Schlagabtausch heute Abend. Die Gemeinde Allschwil ist eine moderne Gemeinde. Und ich möchte eigentlich – und der Gemeinderat möchte – dass Allschwil eine moderne Gemeinde bleibt. Das New Public Management damals – zu dem Thema haben wir noch Lehrgänge gemacht – wollte vor allem eines: die fehlende Konkurrenzsituation, die das Gemeinwesen bei seinen Dienstleistungen hat, kompensieren. Es ist ja letztendlich so: In der Privatwirtschaft kann man sagen, es wird alles über den Preis gesteuert. Ist etwas zu teuer, verschwindet es. Ist es konkurrenzfähig und qualitativ hervorragend, dann bleibt es und setzt sich durch. Das ist im Gemeinwesen relativ schwierig. Man kann, wenn man eine Mehrheit findet, eine Leistung beschliessen. Dann bleibt sie drin, wenn man auch bereit ist, die Kosten zu tragen; und dann bleiben die Kosten auch stehen. Mit anderen Worten: Für den Gemeinderat war von Anfang an dies das Thema: die Vergleichbarkeit, der Benchmark und die Transparenz der Kosten und der Leistungen. Und daran möchten wir eigentlich festhalten. Das gleiche Thema ist: Wir haben eine gewisse Vorbildfunktion als Gemeinde, denn wir stellen auch an andere Institutionen recht hohe Anforderungen, zum Beispiel bei den Leistungsvereinbarungen, die wir hier im Einwohnerrat anfangs des Jahres verabschiedet haben, zum Beispiel mit der Spitex, die auch eine Kosten-/Leistungsrechnung führen musste, und ebenso das Alterszentrum am Bachgraben und andere. Also wie gesagt, es geht ja nicht nur um die Gemeinde, sondern wir verlangen das auch von unseren anderen Partnern im Dienstleistungssektor; und ich denke, es ist auch sehr wichtig, dass die Gemeinde das so macht. Ein wesentlicher Punkt, der für mich von grosser Bedeutung ist, ist der Benchmark mit anderen Gemeinden. Heute ist es fast unmöglich, in einzelnen Bereichen einen Benchmark mit anderen Gemeinden zu machen. Wir hatten es schon im Werkhof, und wir hatten es andererseits bereits bei den sozialen Diensten; aber das ist dann ein recht komplexes Thema. Ein anderer Punkt, das möchte ich einfach noch kurz erläutern, ist das, was Josua Studer ansprach, das Thema Wahlen. Wie gesagt, der Gemeinderat ist entschlossen, das Projekt nur zusammen mit den Einwohnerrätinnen und Einwohnern durchzuziehen und sie von Anfang an einzubeziehen. Prädestiniert dafür sind natürlich die Fireko und die GPK, die schon vertieft mit diesem Thema gearbeitet haben, und ein Stückweit auch von Amtes wegen in Zukunft noch mit diesem Thema werden arbeiten müssen, so wie der Gemeinderat auch. Darum haben wir gesagt, Mitwirkende aus diesen zwei Kommissionen sind sicher wichtig. Gleichzeitig wollten wir aber noch Tür und Tor öffnen für jemanden aus dem Parlament, der sich für so eine Aufgabe prädestiniert fühlt, weil er in irgendeiner Form ein spezielles Flair oder ein Interesse mitbringt, so dass er da noch Einsitz nehmen kann. An das komplizierte Wahlprozedere haben wir ehrlich gesagt nicht gedacht. Das ist uns auch ein Stückweit egal, wenn ich das so profan sagen darf, seien Sie mir nicht böse. Sondern uns geht es eigentlich um die Qualität der beiden, die da Einsitz nehmen.

Julia Gosteli, Fraktion Grüne: Wir von den Grünen stimmen den Anträgen des Gemeinderates zu. Wir möchten uns auch den Voten von Stephan Wolf, Christoph Benz und Jérôme Mollat anschliessen. Wir von den Grünen hatten hinter dieser dreijährigen Lücke ein Fragezeichen gesetzt und danken sehr herzlich Hans-Peter Tschui und Andreas Bammatter, die dann sehr ausführlich erklärten, wie das überbrückt werden kann; dass wir also weiterhin von der Fireko und der GPK aus die Möglichkeit haben, die Zahlen zu überprüfen. Wir möchten auch dafür danken, dass man die Chancen und Risiken abgeklärt hat. Das bedeutete eine intensive Recherche und brachte viel für die Entscheidungsfindung.

Josua Studer, parteilos: Ich möchte noch ganz kurz etwas zu Kurt Kneier sagen. Es gibt zwei Möglichkeiten. Entweder man schafft etwas ab, oder man verbessert es, wenn man gesehen hat, dass es nicht optimal war. Ich bin der Meinung, dass man zuerst einmal eine Verbesserung machen sollte, solange man nicht einen Antrag auf Abschaffung stellt. Deshalb wäre es jetzt ganz ungeschickt, wenn wir nicht dem Antrag des Gemeinderates folgen und etwas Neues aufgleisen würden. Weiters wegen der Mitglieder, die dieser Projektgruppe angehören sollen: Das ist richtig, da müssen Leute drin sein, die gut sind. Das sagte ich ja auch, in den beiden Kommissionen sitzen Leute, je zwei, das ist optimal. Aber diese Kommissionen sollen doch die Leute selber bestimmen, die aus unserem Kreis mit ihnen zusammenarbeiten sollen. Sie wissen sicher am ehesten, was für Fähigkeiten es braucht. Nicht dass sich da jetzt irgendjemand zur Verfügung stellen möchte und dann dieses Riesenwahlprozedere entsteht. Darum habe ich diesen Antrag gestellt. Ich bleibe dabei. Ich bin für eine Verbesserung. Wenn dann diese Verbesserung auch nichts wird, kann man ja immer noch auf Feld 1 zurückgehen und schauen, ob man die Idee von Kurt Kneier verfolgen und es ganz abschaffen will. Aber man hat es dann wenigstens versucht. Und wenn man etwas Neues versucht hat und nachher merkt, dass es nicht optimal ist, dann ist es ja auch nicht schlimm, wenn man sagt: Übung halt!

Robert Richner, FDP/GLP-Fraktion: Auch ich war damals in der Fireko, als das eingeführt wurde mit dieser Kostenrechnung. Ich bin nicht ganz gleicher Meinung wie Kurt Kneier. Ich bin der Meinung, wir haben Erfahrungen gesammelt mit dem ersten Projekt, und es ist jetzt einfach wichtig, dass man diese Erfahrungen in das neue Projekt übernimmt und Verbesserungen erreichen kann. Ich glaube nach wie vor, dass eine Kostenrechnung sinnvoll sein kann und, wie es Gemeindepräsident Lauber sagte, auch der Benchmark. Und was auch noch wichtig ist: Die meisten Leute verstehen Zahlen aus einer Buchhaltung sicher noch eher als die aus einer Kostenrechnung, das braucht einfach noch Zeit, bis sich das eingebürgert hat. Ich glaube immer noch an dieses Projekt.

Armin Bieri, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Ich möchte noch eine kurze Anmerkung zu Josua Studer machen, wegen des Wahlkampfs. Die beiden Präsidenten Tschui und Bammatter haben es auch so gesehen wie du. Du rennst jetzt aber offene Türen ein. Sie haben sich auch umgesehen und herumgefragt, wer das machen könnte. Von dem her sind zwei fixe Wahlvorschläge da in Ansprache mit den beiden Präsidenten. Dies einfach zur Information. Ich gehe daher nicht davon aus, dass wir jetzt gross in einen Wahlkampf hineinkommen.

Wir gehen jetzt abschnittsweise durch den Bericht hindurch. Der 2. Vizepräsident ruft die einzelnen Abschnitte auf. Dazu können dann Wortmeldungen erfolgen.

1. Rückblick 8 Jahre Kosten- und Leistungsrechnung in Allschwil

Keine Wortmeldung

2. Ausblick – Konsequenzen

Keine Wortmeldung

3. Lösungsszenarien

Keine Wortmeldung

4. Fazit

Keine Wortmeldung

Armin Bieri, Präsident: Wir kommen zur Abstimmung über die vier Anträge des Gemeinderates.

1. Auf die Erstellung der gemäss § 28 Abs. 1 lit. B des Verwaltungs- und Organisationsreglements vorgeschriebenen Kostenrechnungen wird temporär für die Jahre 2010 bis 2012 verzichtet.

:::

einstimmig ja

2. Die Kosten- und Leistungsrechnung ist unter Berücksichtigung des Harmonisierten Rechnungslegungsmodells für Kantone und Gemeinden (HRM2) und nach den Grundsätzen einer modernen wirkungsorientierten Verwaltungsführung zu reformieren.

:::

Der Antrag wird mit 35 Ja bei 2 Nein angenommen.

3. Der Einwohnerrat beauftragt die Fireko und GPK, aus ihren Kommissionen je zwei Mitglieder in den Projektlenkungsausschuss zu delegieren.

:::

Der Antrag wird mit 35 Ja bei 2 Enthaltungen angenommen.

4. Der Einwohnerrat wählt an seiner Sitzung vom 18. November 2009 aus seiner Mitte zwei Mitglieder in den Projektlenkungsausschuss.

://:

Der Antrag wird mit 34 Ja, bei 1 Nein und 2 Enthaltungen, angenommen.

Armin Bieri, Präsident: Wir stimmen über das Geschäft als Ganzes ab

://:

35 Ja, zwei Nein

Andreas Bammatter, Präsident der GPK: Bevor wir das Traktandum wechseln, sollten wir das vorige beenden und noch bekannt geben, wen die Fireko und die GPK als Mitglieder des Projektlenkungsausschusses bestimmt hat. Denn diese Personen werden ja nicht gewählt.

Armin Bieri, Präsident: Ich hole das gern nach. Aus der GPK wurden Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion, und Julia Gosteli, Grüne, bestimmt. Aus der Fireko Hans-Peter Tschui, SVP, und Semra Sakar, SP/EVP.

Aus den beiden Kommissionen gibt es folgende Vorschläge für die beiden vom Einwohnerrat zu Wählenden: zum einen Jérôme Mollat, FDP/GLP-Fraktion und zweitens Stephan Wolf, CVP-Fraktion. Wir stimmen jetzt einzeln ab, unter Traktandum 3 über das erste Mitglied.

474 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 3

Wahl eines Mitgliedes für den Projektlenkungsausschuss
„Neukonzipierung Kosten- / Leistungsrechnung“, Geschäft 3897

Armin Bieri, Präsident: Vorgeschlagen ist Jérôme Mollat. Gibt es weitere Vorschläge? – Das scheint nicht der Fall zu sein.

://:

Jérôme Mollat ist in stiller Wahl als Mitglied des Projektlenkungsausschusses gewählt.

475 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 4

Wahl eines Mitgliedes für den Projektlenkungsausschuss
„Neukonzipierung Kosten- / Leistungsrechnung“, Geschäft 3898

Armin Bieri, Präsident: Vorgeschlagen ist Stephan Wolf. Gibt es weitere Vorschläge? – Das ist nicht der Fall.

://:

Stephan Wolf ist in stiller Wahl als Mitglied des Projektlenkungsausschusses gewählt.

476 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 5

Bericht des Gemeinderates vom 28. Oktober 2009 zum Postulat von Sarah Lorenz, CVP-Fraktion, vom 20. Juni 2007 betreffend Auswirkungen der neuen Integrationspolitik von Bund und Kanton auf die Gemeinde Allschwil
Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier, Geschäft 3738/A

Armin Bieri, Präsident: Ist das Eintreten bestritten? – Das ist nicht der Fall.

Gemeinderat Arnold Julier, Vorsteher Departement Soziale Dienste – Gesundheit: Das seit Januar 2008 in Kraft gesetzte Integrationsgesetz soll messbar zum persönlichen und gemeinsamen Erfolg der Integration der einheimischen und zugezogenen ausländischen Bevölkerung beitragen und zielt auf die Sensibilisierung und den tatsächlichen Einbezug beider Bevölkerungsteile. Es ist konsequent auf dem Prinzip „Fördern und Fordern“ aufgebaut. Im Vordergrund steht dabei aber der Spracherwerb. Kanton und Einwohnergemeinde berücksichtigen bei der Erfüllung ihrer Aufgabe die Integrationsziele und schaffen günstige Rahmenbedingungen im Hinblick auf ein gutes Zusammenleben der einheimischen und ausländischen Bevölkerung. Integration ist zu einer Gesamt- und Querschnittsaufgabe geworden, die alle gesellschaftlichen Bereiche betrifft. Sie ist von der Gesellschaft sowie von den Behörden auf allen drei Ebenen – Bund, Kantone und Gemeinden – gemeinsam wahrzunehmen. Und sie braucht selbstverständlich auch die Bereitschaft der ausländischen Personen, sich ins gesellschaftliche Umfeld einzufügen. Heute wird Integration allgemein als gegenseitiger Annäherungsprozess zwischen der einheimischen und der ausländischen Bevölkerung betrachtet, der sowohl die Bereitschaft der Ausländerinnen und Ausländer zur Eingliederung als auch die Offenheit der schweizerischen Bevölkerung voraussetzt. Das kann nur gelingen, wenn der ausländischen Bevölkerung echte und effektive Möglichkeiten gewährt werden, am wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben teilzunehmen, und wenn sie ihrerseits bereit sind diese Möglichkeiten anzunehmen und zu nutzen. Die Integration umfasst alle Bestrebungen, die dem gegenseitigen Verständnis zwischen der schweizerischen und der ausländischen Bevölkerung dienen, und stellt eine staatliche Aufgabe dar, bei der die Behörden des Bundes, der Kantone und der Gemeinden mit den Sozialpartnern zusammenarbeiten. Bund, Kantone und Gemeinden schaffen günstige Rahmenbedingungen für die Chancengleichheit und Teilhabe der ausländischen Bevölkerung am öffentlichen Leben. Eine sehr wichtige Rolle haben dabei die Gemeinden, wo sich die Schweizer und die Ausländer im Alltag begegnen. In der Gemeinde spielt sich das soziale Leben ab, sei das im Verein, beim Sport, in der Schule, im Berufsleben oder bei anderen Gelegenheiten mehr. Die Gemeinde Allschwil engagiert sich schon seit Langem stark für die Integration der ausländischen Bevölkerung. Wie Sie der Vorlage entnehmen können, sind Bestrebungen zur Integration in fast allen Bereichen des täglichen Lebens vorhanden – und das nicht erst seit Inkrafttreten des neuen Integrationsgesetzes. Für Allschwil hat sich das Gesetz quasi den realen und vorhandenen Gegebenheiten angepasst. Bei der Beantwortung des Postulats 3738 der CVP-Fraktion haben wir die Leistungen aufgrund von Umfragen bei diversen Stellen und von Statistiken der sozialen Dienste aufgelistet. Es gibt aber sicher noch andere Integrationsbemühungen wie zum Beispiel bei kirchlichen Institutionen – versteckte Armut – und anderen mehr. Im Rahmen der Abklärungen und Umfragen zur Postulatsbeantwortung konnten wir feststellen, dass zurzeit betreffend Integration kein ungedeckter Bedarf besteht. Der Gemeinderat beantragt Ihnen, die Ausführungen zur Kenntnis zu nehmen und das Postulat als erledigt abzuschreiben.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Ich danke Gemeinderat Julier und der Verwaltung ganz herzlich für den ausführlichen und sehr informativen Bericht. Das zeigt uns, dass doch sehr viel getan wird für die Integration der Ausländerinnen und Ausländer, die willens sind, die Angebote auch anzunehmen. Es wäre zu hoffen, dass diese Leute auch an den Anlässen, die die Gemeinde anbietet – wie etwa der Dreikönigsapéro, der da erwähnt ist – teilnehmen würden. Was ich jedoch beobachte, ist, dass die Leute bei solchen Anlässen dann wirklich nicht dabei sind. Das finde ich schade, denn das gäbe einen ungezwungenen Umgang mit der Bevölkerung und mit diesen Leuten. Also das würde ich sehr begrüßen, wenn auch von Seiten dieser Ausländerinnen und Ausländer der Willen da wäre, mit uns Kontakt aufzunehmen, und nicht nur umgekehrt. Ich danke dem Gemeinderat und der Verwaltung für den Bericht.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Auch die SP/EVP-Fraktion begrüsst es, dass der Gemeinderat sich die Mühe gemacht hat, das einmal detailliert aufzuschreiben. Ich möchte einfach auf eines hinweisen – Mathilde Oppliger hat es gesagt: Es wäre sinnvoll und auch notwendig, dass auch die Ausländerinnen und Ausländer sich eben „mitten unter uns“ aufhalten. Eines dieser Projekte heisst ja so und ist vom Roten Kreuz initiiert. Dort können Personen direkt zwei bis drei Stunden in der Woche direkt am täglichen Leben teilnehmen – nicht speziell organisiert, sondern am täglichen Leben, so wie wir das hier bei uns in Allschwil haben – und sie könnten so auch integriert werden in unsere Gepflogenheiten. Ich hatte grosse Freude, als ich das las, war aber andererseits erstaunt. Denn letztes Jahr hatte ich ein Budgetpostulat eingegeben, das abgelehnt wurde. Ich habe mir jetzt erlaubt, dieses Postulat 1 : 1 nochmals einzugeben und habe den Hinweis dazu gemacht – werfen Sie dieses Papier nicht weg, das Sie jetzt da haben – auf Seite 5 steht unter 2.2.6 Freizeit - Kinder, dass ein grosser Bedarf vorhanden ist, und ich gehe davon aus, dass dieses Jahr die 5000 Franken, die ich beantrage, genehmigt werden, nachdem ich ja auch beim Neuzuzüger-Apéro gehört habe, dass – und das freut mich auch besonders, das wissen die, die mich hier kennen – das Steuersubstrat der Gemeinde sich erfreulich entwickle und man letztes Jahr noch diese 5000 Franken aus Kostengründen nicht ins Budget eingestellt hat. Sie erlauben mir, dass ich das heute Abend so mit Genuss erwähne.

Armin Bieri, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Wir gehen den Bericht abschnittsweise nochmals durch. Der 2. Vizepräsident ruft die Abschnitte auf, und dann kann man sich nochmals zu Wort melden.

1. Ausgangslage
keine Wortmeldung

2. Antwort des Gemeinderates
keine Wortmeldung

Armin Bieri, Präsident: Wir kommen zu den Anträgen:

1. Der Einwohnerrat nimmt die vorstehenden Ausführungen zur Kenntnis.

://:
einstimmig ja

2. Das Postulat No. 3738 wird als erfüllt abgeschrieben.

://:
einstimmig ja

Armin Bieri, Präsident: Wir kommen zur Schlussabstimmung:

://:
einstimmig ja

477 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 6

Interpellation von Josua M. Studer, vom 16.09.2009 betreffend Allschwiler-Website
Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber, Geschäft 3888/A

Josua Studer, parteilos: Ich möchte mich beim Gemeinderat bedanken für die Beantwortung der Interpellation. Sie ist für mich ausführlich genug. Es hat sich aber gezeigt, dass ich eine Frage zu wenig deutlich gestellt hatte, und das habe ich anlässlich der Beantwortung bemerkt. Es betrifft den Punkt 3 „Können sämtliche Gemeindeinformationen, welche im Allschwiler Wochenblatt publiziert sind, auf der Gemeinde-Website aufgeschaltet werden?“ Es ist richtig, diese Sachen sind schon auf der Website. Meine Meinung war aber: so gebündelt, wie es im Allschwiler Blättli ist, sprich als pdf-Datei, damit man das einfach nach Datum abrufen kann und es sich nicht nach einzelnen Angelegenheiten zusammensuchen muss. Sondern dass man einfach schauen kann: Welches waren die amtlichen Mitteilungen zum Beispiel damals im Allschwiler Blättli Nr. 37. Das war eigentlich bei dieser Frage meine Idee. Es tut mir leid, dass ich die ein wenig falsch gestellt habe. Aber sonst bin ich mit der Beantwortung sehr zufrieden und bedanke mich und habe keine weiteren Fragen.

Gemeindepräsident Dr. Anton Lauber: Wie gesagt, wir sind zurzeit am Arbeiten an dieser Homepage. Ihr wisst alle, wir haben uns hohe Zielsetzungen gesteckt, nicht zuletzt auch im Rahmen der Diskussionen, die wir im Einwohnerrat zu dem Thema geführt hatten, und insbesondere auch aus dem Selbstverständnis der Gemeinde Allschwil heraus als prosperierende Gemeinde – und letztendlich auch als prosperierende Gemeinde in unseren verschiedenen Sektoren, zum Beispiel bei den juristischen Personen, Andreas Bammatter. Du hast absolut Recht. Geben wir aber Sorge dafür, dass die Ausgaben nicht auch maximal steigen, sondern dass die Steuereinnahmen auch noch eine Chance haben. Bei der technischen Umsetzung, kann ich sagen, sind wir soweit. Ebenso kann ich sagen, das Layout steht, damit sind wir sehr zufrieden. Zurzeit sind eben wie gesagt vier Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter damit beschäftigt, das Thema abzufüllen. Das ist nicht ganz so einfach. Es gab gewisse technische Probleme. Aber wir arbeiten wie verrückt an dem Thema. Das going public ist vorgesehen – das ist ein wenig speziell, ihr habt es gelesen – am Neujahrsapéro. Wir möchten das Ganze repräsentativ und auch ein wenig spektakulär präsentieren. Zur Frage, die du gestellt hast: Bis jetzt hatten wir eigentlich vor allem verwaltungstechnische Belange, mühsame, schwierige Kleinarbeit, bei der keine glücklichen, lustigen Entscheide gefällt werden konnten, sondern es ging um die Mechanik. Phase 2, das ist das Extranet, das du angesprochen hast, Josua Studer, unter Frage 3. Dazu möchte ich ergänzend noch sagen: Diese Homepage wird am 6. Januar 2010 nicht einfach fertig sein. Sondern das Basismodell steht, und mit diesem Basismodell kann man arbeiten. Das heisst, aufgrund dieses Basismodells kann man dann schauen, was wir noch zusätzlich aufsetzen wollen. Das ganze Thema ist also ausbaubar und kann den speziellen Bedürfnissen des Einwohnerrats, der Bevölkerung etc. weiter angepasst werden. Du hast ja schon ein paar Gedanken geoutet zu dem Thema in anderen Vorstössen, die ja noch pendent sind. Zum Thema Allschwiler Wochenblatt / Gemeinde-Website – dazu habe ich schon einmal eine Auskunft gegeben. Ich möchte einfach nochmals festhalten, das Ziel des Gemeinderats ist nicht, war nie und wird wahrscheinlich auch nie sein, dass wir das Allschwiler Wochenblatt durch eine Webpage ersetzen, sei es die eigene oder eine andere. Das, denke ich, ist einmal klar, vor allem was den redaktionellen Teil angeht. Mitteilungen der Gemeinde, das ist ganz klar, möchten wir so aufschalten, dass sie einfach und schnell gefunden werden können und letztendlich auch als pdf-Datei benutzt werden können. Ein Hauptaugenmerk liegt zurzeit auch auf der Aktualität der Website, dass also nicht einfach die Einwohnerratsprotokolle der letzten sieben Monate präsentiert werden, sondern dass man täglich à jour ist – was aber auch wieder Ressourcen bindet. Aber wir möchten da schon ein Stückweit vorwärts machen, gerade puncto Tagesaktualität. Einen redaktionellen Teil in dem Sinne, wie das ein Medium macht, eine BaZ, eine bz oder ein Allschwiler Wochenblatt, so etwas haben wir nicht im Sinn. Aber bei der Erarbeitung des Extranets und hinsichtlich weiterer möglicher Inhalte – es gibt ja Hunderte von Podcasts, es gibt das Gemeindefernsehen, das angesprochen wird, etc. – werden wir noch miteinander diskutieren können.

Armin Bieri, Präsident: Ich frage den Interpellanten, ob er mit der Antwort zufrieden ist. – Gut.

478 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 7

Interpellation von Julia Gosteli, Grüne Allschwil, vom 22.10.2009 betreffend
Fastzusammenstoss am 15.08.2009 über Allschwil
Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber, Geschäft 3899

Julia Gosteli, Fraktion Grüne: Mit meiner Interpellation wollte ich keinesfalls auf Panik machen. Es geht mir gar nicht darum. Es ist für mich eher so, dass ich finde, solche Vorfälle sollte man ganz genau überprüfen. Es ist mir auch ein Anliegen, dass der Gemeinderat die Informationen, die wir vom EAP erhalten, auch weiterhin wirklich kritisch anschaut und im Interesse der Einwohnerinnen und Einwohner von Allschwil dem EAP ein kritisches Gegenüber bleibt.

Gemeindepräsident Dr. Anton Lauber: Dankeschön, Julia Gosteli, erstens für diesen Vorstoss, und zweitens auch für deine Bemerkungen. Ich denke, als Einwohnerinnen und Einwohner von Allschwil dürfen wir das Thema in den Mund nehmen und auch darüber diskutieren, das ist ganz klar. In der breiten Bevölkerung ist das ein Thema. Wenn wir über dicht besiedeltem Gebiet einen Fastzusammenstoss von Flugzeugen haben, dann ist das tatsächlich besorgniserregend. Und als dicht besiedeltes Gebiet sehe ich auch Allschwil und nicht nur die Stadt Basel. Mit anderen Worten, es ist zu Frage 1 ganz klar, dass sich der Gemeinderat zuständig fühlt; die Frage ist einfach inwieweit. Ich darf da festhalten, dass grundsätzlich auf Seiten der Gemeinde die Fachkompetenz nicht vorhanden ist und auch nie vorhanden sein wird, um die ganze Flugsicherung selber und im Alleingang einer kritischen Überprüfung unterziehen zu können. Das heisst mit anderen Worten, wir gehen grundsätzlich davon aus, dass die Flugsicherung am Euro-Airport einen guten Job macht, und dass die französische Flugaufsichtsbehörde DGAC ihrem Job auch macht. Sie ist verantwortlich für sämtliche Flugbewegungen der Flugzeuge über dem Luftraum von Allschwil. Sie wissen ja, der ist abgetreten gemäss Staatsvertrag. Fakt ist, dass wir selbstverständlich verlangen, dass der Vorfall abgeklärt wird. von entsprechenden Spezialisten. Für uns hier ist grundsätzlich der Ansprechpartner das BAZL, das entsprechende Auskünfte einfordern muss vom Euro-Airport und von der französischen Aufsichtsbehörde, der DGAC. Und genau das haben wir auch verlangt, dass das BAZL diese Abklärungen vornimmt und damit dann Bericht erstatten wird. Ein Zeitpunkt liegt mir noch nicht vor. Die Frage ist in der Tat – und da hat Frau Gosteli aus meiner Sicht auch absolut recht – was fängt man denn mit diesen Berichten an? Die haben die ja selber erstellt, und wer tut sich schon selber weh? Letztendlich ist es in der Tat so, dass wir vom Gemeinderat aus diese Berichte kritisch hinterfragen werden, zum anderen, wenn es notwendig ist, von der Gemeinde aus, oder dann auch durch den Verband von Gemeinden, dem heute zehn Gemeinden angehören; zusammen auch mit dem Schutzverband, Frau Gosteli, wir haben da gar keine Berührungsängste. Man kann so ein Gutachten, so einen Bericht letztendlich zu einer Drittmeinung abgeben, damit man also von einem weiteren Expertenteam nochmals die Überprüfung zu einem solchen Bericht bekommt, durch die man dann vertiefte Aussagen erhält zu einem solchen sehr unangenehmen Zwischenfall, der da stattgefunden hat. Das heisst also wie gesagt für uns, wir werden kritisch überprüfen, und wir werden uns nicht scheuen, Drittexten beizuziehen, wenn wir das für notwendig erachten. Damit habe ich auch ausgesagt, ich kann zurzeit noch nicht sagen, wie gefährlich die Situation wirklich war. Ich kann einfach zusammenfassend sagen, dass wir es nicht als unsere Aufgabe ansehen, und auch schlichtweg überfordert wären, selber solch einer Situation nachzugehen und die Flugsicherheit zu überprüfen. Aber wir sind sehr kritisch am Ball.

Armin Bieri, Präsident: Ich frage die Interpellantin, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Julia Gosteli, Fraktion Grüne: Ich danke Ihnen ganz herzlich für die Ausführungen. Und ich bin auch sehr dankbar, dass Sie auch weiterhin kritisch bleiben. Ich möchte aber noch ein bisschen nachhaken. Ich frage ja nach diesen CIMEAS-Spuren. Das ist eine dreidimensionale Abbildung, und ich kann mir auch vorstellen, dass wir als Laien etwas mit solch einer Information anfangen könnten und nicht unbedingt Experten sein müssten. Ich kann nachvollziehen, dass Sie finden, nein, das ist die Sache von Experten. Aber ich fände, auch wir können mit solch einer dreidimensionalen Abbildung etwas anfangen, und mich würde es einfach sehr interessieren, um einfach auch die Realität zu sehen. Man sieht dann wirklich, wie nahe die einander waren. Vielleicht ist es aber auch nicht möglich, und sie bekommen diese Infos nicht als Gemeinderat.

Gemeindepräsident Dr. Anton Lauber: Doch, wir haben ja die Möglichkeit, über verschiedene Gremien Einfluss zu nehmen. Also wir haben Kontakt zum Schutzverband, dann haben wir die G10-Gemeinden. Dann waren wir am Freitag vor einer oder zwei Wochen beim BAZL und haben unsere Interessen deponiert zusammen mit dem Euro-Airport. Dann können wir von den Regierungen Auskünfte verlangen. Wir haben letztendlich auch in anderen Sitzungen die Möglichkeit, an Unterlagen heranzukommen. Das ist so. Genau dieses Material wird die Basis sein für die Plausibilitätsprüfung, will ich mal sagen, eines Berichts, der eingeht: ob der nur beschönigt, oder ob da wirklich etwas dran ist.

Armin Bieri, Präsident: Ist die Beantwortung jetzt zufriedenstellend?

Julia Gosteli, Fraktion Grüne: Ich danke nochmals. Ganz zufriedenstellend ist sie nicht. Sie ist für mich ein bisschen ausweichend. Ich rede von diesen CIMEAS-Spuren, und ich hatte eigentlich in der Interpellation gefragt, ob man die als Gemeinderat einfordern kann. Und da hätte ich mir eigentlich gewünscht, dass Sie mir sagen können: Nein, das können wir nicht. Oder: Ja, das tun wir, das interessiert uns, wir wollen das sehen. Aber vielleicht ist es ja für Sie nicht möglich, mir da weiter Auskunft zu geben. Ich beende damit die Diskussion.

Armin Bieri, Präsident: Bei einer Interpellation gibt es keine Diskussion. Nur auf Antrag. Der Rat kann es beschliessen. Es müsste ein Antrag auf Diskussion kommen, dann geht es. Und den kann nur die Interpellantin stellen.

[kein Antrag auf Diskussion]

479 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 8

Motion von Siro Imber, FDP/GLP-Fraktion, vom 28.05.2009 betreffend Anpassung der Subventionsschlüssel an das Nettoeinkommen
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: VP Nicole Nüssli, Geschäft 3864

Gemeinderätin Nicole Nüssli, Vorsteherin Departement Steuern – Finanzen: Der Gemeinderat beantragt Ihnen, wie es schon gesagt wurde, die Ablehnung, d.h. Nichtentgegennahme der Motion. Zur Begründung kann ich folgendes ausführen: Sie haben vor noch nicht langer Zeit, nämlich im Januar und April dieses Jahres, den Subventionsschlüssel für die Musikschule und für die Kinder- und Jugendzahnpflege angepasst. In beiden Bereichen wird als Basis für die Subventionsberechnung auf das steuerbare Nettoeinkommen abgestellt. Das steuerbare Nettoeinkommen ist das Einkommen, das resultiert, wenn alle Einkommen gemäss Lohnausweis zusammengezählt werden und dann noch die steuerlich abzugsfähigen Auslagen abgezogen werden. Das ist Ihnen sicher bekannt. Das heisst, die Steuerabteilung der Gemeinde Allschwil kann ohne Weiteres auf diese Daten zurückgreifen und dann auch den Entscheid fällen, ob eine antragstellende Person Subventionen erhält. Es braucht also keine weiteren Aufwendungen. Der Motionär argumentiert nun, dass die Einkommensgrösse – nämlich das steuerbare Nettoeinkommen – nicht die tatsächliche wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Gesuchstellers wiedergebe. Die tatsächliche wirtschaftliche Leistungsfähigkeit könne nur mit dem Nettoeinkommen festgestellt werden, weshalb auch dieses Nettoeinkommen neu als Basis für die Subventionsberechnung berücksichtigt werden solle. Als Beispiel wird dann ausgeführt: Eine Familie, die ein Haus besitzt und dann einen Antrag auf Subventionen stellt, könne diese Subventionen allenfalls bekommen, wenn sie beispielsweise am Haus Umbauarbeiten vornehmen lasse und dann am Schluss das steuerbare Nettoeinkommen unter die Grenze rutsche, so dass deshalb Subventionen anfallen. Das aber könne doch nicht sein, weil diese Familie oder diese Person, die diesen Antrag stelle, ja eben gerade leistungsfähig sei, weil sie ja ein Haus besitze. Das tönt ja einigermassen logisch und vertretbar. Der Gemeinderat ist nun aber der Meinung, dass ein Wechsel vom steuerbaren Nettoeinkommen zum Nettoeinkommen als solchem auch nicht alle Ungerechtigkeiten ausmerzen kann. Ich zeige Ihnen dazu schnell eine Folie. Einerseits ist der Begriff „Nettoeinkommen“ nicht ganz so klar definiert, wie man das vielleicht auf den ersten Blick meint. Der Gemeinderat geht davon aus, dass der Motionär mit dem Nettoeinkommen das „Nettoeinkommen 2“ gemäss Lohnausweis gemeint hat. Wenn man jetzt auf diese Grösse abstellen würde und das als Basis nähme für die Berechnung der Subvention, dann gäbe es weitere so genannte Ungerechtigkeiten oder zumindest Unklarheiten. Also beispielsweise hat ein selbständig Erwerbender ja keinen Lohnausweis – also was ist bei ihm das Nettoeinkommen? Als weiteres Beispiel eine Person mit grossem Vermögen: Im steuerbaren Nettoeinkommen ist dieses Vermögen als Wertschriftenertrag enthalten und man kann es berücksichtigen. Wenn man nur auf das „Nettoeinkommen 2“ abstellt, dann ist es nicht erfasst. Das heisst also, auch diese Person könnte trotz eines grossen Vermögens in den Genuss von Subventionen gelangen. Als weiteres Beispiel alleinerziehende Elternteile mit einem kleinen Einkommen, aber dafür mit Unterhaltsbeiträgen: Sie haben ein kleines Nettoeinkommen, weil der Lohnausweis nur dieses kleine Einkommen wiedergibt, beim

Nettoeinkommen 2 hingegen nicht. Das heisst, sie würden Subventionen erhalten. Personen, die freiwillig ihre Pensionskassen-Lücken schliessen, können da ebenfalls wieder ihr Nettoeinkommen laut Lohnausweis „klein machen“, also absichtlich klein machen und dadurch ebenfalls wieder in den Genuss von Subventionen gelangen, was aber wahrscheinlich auch wieder ungerecht wäre, denn die haben ja genug wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Fazit aus Sicht des Gemeinderates ist also: Auch das Nettoeinkommen 2, oder vielleicht gerade dieses Nettoeinkommen 2 als Basis, würde weitere Ungerechtigkeiten schaffen. Deshalb ist der Gemeinderat der Ansicht, dass ein Wechsel nicht angezeigt ist. Zumal die jetzige Ungerechtigkeit vom Steuergesetzgeber auch klar so – steuertechnisch zumindest – gewollt ist. Also dass man beispielsweise Hypothekarzinsen abziehen kann wegen der Wohneigentumsförderung, was ja zumindest jetzt noch so festgeschrieben ist. Zudem hätte eine Umstellung auch weitere Konsequenzen. Ich zeige Ihnen das gerne hier. Der erst kürzlich überarbeitete Subventionsschlüssel müsste vollständig überarbeitet werden, weil die Basis nicht mehr stimmt. Das heisst, es gäbe wieder zusätzliche Personalkosten, und auch die IT-Kosten würden belastet werden. Damit eine gewisse Gerechtigkeit doch wieder geschaffen würde, müsste man dann weitere, und wahrscheinlich zahlreiche Ausnahmeregelungen treffen. Es könnte eben dazu führen, dass Personen Subventionen erhalten würden, die aber eigentlich genug wirtschaftliche Leistungsfähigkeit besitzen, wie ich das vorhin sagte bei den selbständig Erwerbenden. Wahrscheinlich würde man dann aber wieder nicht alle Ausnahmen treffen oder nicht an alle denken, so dass es am Schluss wieder einzelne Fälle gäbe, die vielleicht sozusagen ungerecht wären. Aus all diesen Gründen beantragt Ihnen der Gemeinderat, wie ich es schon eingangs sagte, die Motion abzulehnen.

Siro Imber, FDP/GLP-Fraktion: Bildlich gesprochen ist der Gemeinderat in seinen Argumentationen jetzt davon ausgegangen, dass man vom Nettolohn ausgeht, also vom Anfang der Kolonne auf der Steuererklärung, wo man anfängt, seine Einkünfte einzutragen. Ich war davon ausgegangen, wie es ja auch in der Gemeinde Aesch ist, dass man am Schluss der Kolonne die Berechnung macht. Das ist einfach eine andere Interpretation des Wortes „Nettoeinkommen“. Ich war aber davon ausgegangen, dass man es so machen würde wie in der Gemeinde Aesch, wo man die Ziffer aus der Steuererklärung angab, und das ist die ganz am Schluss. Dort sind also die Unterhaltbeiträge dabei, da sind Vermögenserträge dabei, all die Punkte, die hier aufgezählt sind. Es gibt noch einen einzigen Punkt, der noch etwas schwierig ist im ganzen System, das sind die selbständig Erwerbenden, die aber auf der anderen Seite auch nicht diese Sozialleistungen erhalten. Bei den selbständig Erwerbenden haben wir immer ein Problem, sie in solch ein System hineinzubekommen. Aber sie würden ja eher schlechter und nicht besser gestellt, egal in welchem System, ob nun vom Nettoeinkommen ausgegangen wird oder nicht. Das heisst, wenn man alles wegnimmt, was der Gemeinderat als negativ angesehen hat, und als Grundlage das Nettoeinkommen nimmt, wie es die Gemeinde Aesch macht, dann fallen all diese Punkte weg. Und was natürlich klar ist: Ein absolut faires System gibt es nie. Wir wollen es einfach besser machen, wir wollen es fairer machen. Und es geht nicht darum, irgendjemandem, der es nötig hat, einen Franken wegzunehmen. Aber es geht darum, ein gerechteres System zu finden. Und in der Summe muss ja kein Franken weniger ausgezahlt werden. Aber es soll gezielter denjenigen zukommen, die es wirtschaftlich nötig haben. Vielleicht sieht man am Resultat, wie es bei der Gemeinde Aesch war, dass es vielleicht auch noch eine kleine Einsparung bringt. Aber das stand weder in Aesch im Vordergrund, noch ist das die Motivation dieses Postulats. Wir haben im Kanton das Beispiel des Gesetzes über die familienunterstützende Kinderbetreuung. Und gerade bei diesem Gesetz will jetzt der Kanton vom Nettoeinkommen ausgehen. Er macht eine ganz komplizierte Definition, die wir jetzt in der Kommission vielleicht noch ändern können, damit es einfacher wird. Auch wieder am Beispiel vom Aesch: Dort ist es so, dass die Gemeindeverwaltung nur eine Ziffer aus der Steuererklärung nehmen und nicht noch eigene Berechnungen zur Subventionsbasis anstellen muss. Aber auch dort, beim Kanton, kommt man weg vom bisherigen System und kommt zum Nettoeinkommen. Darum wäre ich froh, wenn man das überweisen würde. Dann kann man das abklären, dann bekommen wir einen Bericht, und dann sehen wir ja auch, wie das genau aussieht. Und dann kann man entscheiden, ist das alte System fairer oder das neue. Wir können jetzt keine Zahlen liefern. Darum müsste man die Motion überweisen, und dann könnte sich jeder ein Bild machen, welches System fairer ist.

Josua Studer, parteilos: Ich begrüsse es sehr, dass die FDP/GLP-Fraktion durch Siro Imber diesen Vorstoss eingereicht hat. Das geht eigentlich genau in die Richtung, wie ich sie auch vertreten habe. Es bestehen einfach, wie gesagt wurde, Ungerechtigkeiten. Gemeinderätin Nüssli sagte, man kann nicht alle Ungerechtigkeiten ausmerzen, aber das heisst: Man kann welche ausmerzen. Und weniger wären schon mehr. Und wenn man nur das tun könnte, dann hätte man schon einiges geschafft. Ich unterstütze den Vorstoss sehr.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Ich persönlich halte von dieser Motion nicht all zu viel, das gebe ich ganz offen zu. Es ist einerseits so, dass wir darüber schon einmal ziemlich ausführlich diskutiert haben und damals schon zum Schluss kamen, dass das steuerbare Einkommen eigentlich die gerechtere Grösse ist. Wenn man jetzt das Nettoeinkommen nimmt, wie es der Motionär vorgeschlagen hat, also das von der Steuererklärung, dann ist beim Grundeigentümer eben zum Beispiel der Eigenmietwert drin, was ja ein rein fiktives Einkommen ist, das er nicht wirklich hat. Da haben wir also eine neue Ungerechtigkeit, die die Liegenschaftseigentümer betrifft. Dann, was die Abzüge angeht – das ist ja das Hauptanliegen des Motionärs, wenn ich es richtig verstanden habe, dass er Bedenken hat, es könne jemand An- oder Umbauten machen, vielleicht sich sogar einen Swimmingpool leisten und das alles von der Steuer abziehen und damit sein Einkommen künstlich tief halten und in den Genuss von Subventionen kommen – dem ist ja gerade nicht so. Denn gerade die luxuriösen An- oder Umbauten oder gar einen Swimmingpool – das kann man ja gerade nicht abziehen vom steuerbaren Einkommen. Vom steuerbaren Einkommen kann man nur die reinen Unterhaltsarbeiten in Abzug bringen, und das sind Ausgaben, die die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einer Familie durchaus treffen können. Ich habe damals schon das Beispiel von der Heizung gebracht, die ausfällt. Der Mieter hat es relativ einfach: Der macht ein Schreiben an den Vermieter und sagt, die Heizung funktioniert nicht mehr, flickst du sie, und vielleicht hinterlegt er auch gerade noch den Mietzins, damit das klappt. Das kann der Hausbesitzer nicht. Den Hypothekarzins kann man nicht hinterlegen. Er muss sich die neue Heizung leisten können, und das gibt natürlich dann ein gewisses Loch in seinem Budget, und damit wird seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit auch entsprechend reduziert. Denn eine neue Heizung erreicht schnell einmal einen Betrag von 20'000 Franken. Darum meine ich, dass das System mit dem steuerbaren Einkommen weitaus gerechter ist. Die CVP-Fraktion beantragt Ihnen darum, die Motion abzulehnen.

Hans Peter Tschui, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion stellt sich hinter die Argumentationslinie des Gemeinderates. Die Absicht ist zwar lobenswert, man möchte mehr Gerechtigkeit. Wir sind aber davon überzeugt, dass es im Effekt eher neue Unwägbarkeiten und Unsicherheiten schafft, und deswegen sind wir dagegen.

Gabriela Huschke, SP/EVP-Fraktion: Ich finde, es gibt auch eine Schmerzgrenze für gut verdienende Familien. Wenn ich für die Musikschule, Zahnarzt und Fremdbetreuung meiner Kinder sehr viel zahlen muss, übermässig viel, dann schaue ich doch, dass ich einfach nicht mehr so viel verdiene, damit ich für das alles weniger zahlen muss. Es gibt ein Beispiel, ich habe es in der Zeitung gefunden, aus Zürich, wo die Steuerbelastung extrem hoch ist und auch die Krippenbetreuungen sehr viel kosten: Dort wird geschrieben, wenn bei einem gut verdienenden Paar die Mutter 50 Prozent arbeitet, dann verdient sie unterm Strich gar nichts. Wenn sie mehr als 50 Prozent arbeitet, dann ist es ein teures Hobby, und sie zahlt sogar drauf. Das ist in Zürich so, bei uns ist es noch nicht so. Aber ich denke, die Richtung, dass man noch oben hin mehr belastet, das ist ein Schritt rückwärts. Wenn nämlich das Einkommen der Teilzeit arbeitenden Mütter durch zu hohe Kosten weggefressen wird, dann verliert unsere Wirtschaft die teuer ausgebildeten Frauen. Dann möchte ich noch sagen, in Allschwil sind wir auch, z.B. was die familienexterne Betreuung betrifft, einem Konkurrenzsystem unterworfen. Das heisst, es gibt immer mehr private Anbieter, die auch Krippen eröffnen. Wenn wir jetzt in unseren gemeindegeführten Tagesheimen für die oberen Einkommensklassen einen zu hohen Tarif verlangen, dann gehen die weg zu den Privaten, und das heisst doch, dass wir dann in den Tagesheimen nur noch die haben, die wenig verdienen, und die müssen wir wieder höher subventionieren. Das heisst, das bringt nicht einmal Mehreinnahmen. Darum möchte ich die Motion von Siro Imber ablehnen.

Armin Bieri, Präsident: Es hat keine weiteren Wortbegehren. Wir kommen zur Abstimmung.

://:

Die Motion 3864 wird nicht überwiesen (28 Nein, 9 Ja, 0 Enthaltung).

PAUSE

Armin Bieri, Präsident: Wir fahren fort. Wir kommen zuerst zum Info-Fenster des Gemeinderats. Dann werden im Nachtrag Budget-Postulate verlesen, die eingereicht wurden. Dann geht es mit der Traktandenliste weiter.

INFO-FENSTER DES GEMEINDERATS:

Gemeinderat Christoph Morat, Vorsteher Departement Hochbau – Raumplanung: Am 16. September dieses Jahres habt ihr mir den Auftrag erteilt, betreffs Maler- und Beleuchtungsarbeiten im Schulzentrum Neuallschwil auch noch gerade die Maler- und Beleuchtungsarbeiten in den Gängen, Korridoren, Treppenhäusern, Toiletten etc. zu prüfen; und ich kann euch da heute eine Folie zeigen. Ich hoffe, es sind jetzt nicht alle schockiert – es handelt sich um 62'000 Franken mehr, die wir eruiert haben, d.h. der Totalbetrag incl. Lift ist jetzt neu 325'000 Franken. Das ist das, was so im Einwohnerratsbeschluss festgelegt wurde. Der Gemeinderat hat heute Nachmittag bereits in seiner Sitzung die Auslösung der Modernisierung des Aufzugs beschlossen. Dieser Auftrag ist jetzt an die Hauptabteilung Hochbau und Raumplanung gegangen und wird in frühestens fünf Monaten realisiert werden können, und zwar deshalb, weil dieser Lift eine so lange Lieferfrist hat, resp. der wird total neu hergestellt, und das braucht einfach so viel Zeit, bis es dann umgesetzt werden kann. Ich danke für eure Kenntnisnahme.

Armin Bieri, Präsident: Wir kommen jetzt noch im Nachtrag zu den Budgetpostulaten, die eingereicht wurden Das ist eine ganze Beige. Ich fange zu oberst an:

- Budgetpostulat der SP/EVP-Fraktion betr. laufende Rechnung – Beiträge an Private Institutionen. Antrag: In der Budgetposition 589-365 wird der Betrag von Fr. 5'000.00 für das Rot Kreuz Projekt „Mitten unter uns“, Integrationsförderung Sprache und Kultur zusätzlich budgetiert.

Ich lese es jetzt einfach so herunter, damit alle informiert sind, was eingereicht wurde.

- Budgetpostulat von Josua Studer, 1 Öffentliche Sicherheit, 113 Gemeindepolizei, Konto 113.437.00, Bussen, Antrag: Reduktion der geplanten Bussgeldereinnahmen um Fr. 12'000.00 auf Fr. 80'000.00.
- Budgetpostulat Josua Studer, 6 Verkehr, 620 Gemeindestrasse/Werkhof, Konto 620-581.00 Planwerke, Unterkonto 620.581.01 Parkraumbewirtschaftung, Antrag: Die geplante Investition ist zu streichen
- Budgetpostulat Josua Studer, 3 Kultur und Freizeit, 300 Kulturförderung, Konto 300-31 Sachaufwand, Unterkonto 300.319 Sachaufwand; Antrag: Reduktion des Aufwandes um Fr. 10'500.00 auf Fr. 20'000.00.
- Budgetpostulat Josua Studer, 9 Finanzen und Steuern, 900 Steuern Natürliche Personen, Konto 900-40 Steuereinnahmen, Unterkonto 900-400.00 Einkommens- und Vermögenssteuern; Antrag: Der Gemeindesteuersatz für natürliche Personen wird um 1% gesenkt.
- Budgetpostulat Finanz- und Rechnungsprüfungskommission, Betr. Pos. 700-434.00 Benutzungsgebühren (Voranschlag 2010 Wasserversorgung); Antrag: Die Mengengebühr für den Wasserbezug ist von heute Fr. 1.50 pro Kubikmeter auf neu Fr. 1.60 pro Kubikmeter (6.6%) festzusetzen.
- Budgetpostulat FDP/GLP-Fraktion, betr. laufende Rechnung, Pos. 342-318 Hallenbad, Antrag: In der Budgetposition 342-318, Hallenbad, Dienstleistungen und Honorare, sei der Betrag von Fr. 6'000.00 zusätzlich zu budgetieren.
- Budgetpostulat SP/EVP-Fraktion, betr. laufende Rechnung, Pos. 780-318, Dienstleistungen und Honorare (Naturschutz), Antrag: Es sind zusätzlich Fr. 30'000.00 einzusetzen.
- Budgetpostulat SP/EVP-Fraktion, betr. laufende Rechnung Pos. 342-318 Hallenbad, Dienstleistungen und Honorare; Antrag: Unter dieser Position für den Voranschlag 2010 soll der Betrag von 2'000.00 um den Betrag von Fr. 6'000.00 auf neu Fr. 8'000.00 erhöht werden.
- Budgetpostulat FDP/GLP-Fraktion, betr. Ziff. 2 der Anträge des Gemeinderates, Steuerfuss Einkommens- und Vermögenssteuer, Natürliche Personen auf 57% der Staatssteuer, Antrag: Der Steuerfuss für Einkommens- und Vermögenssteuer der Natürlichen Personen wird auf 57% der Staatssteuer festgelegt.
- Budgetpostulat FDP/GLP-Fraktion, Pos. 904-402.00 Kapitalsteuer Juristische Personen, Antrag: Es sei die Kapitalsteuer für Kapitalgesellschaften/Genossenschaften (Antrag 3a zum Voranschlag 2010) sowie für Vereine/übrige Juristische Personen (Antrag 3b zum Voranschlag 2010) von 3,5 %0 auf 3.25%0 zu reduzieren.

Das wären die eingereichten Budgetpostulate, sowie sie mir bekannt sind. Merci für die Aufmerksamkeit. Wir fahren fort in der Traktandenliste.

480 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 9

Postulat von Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion, vom 08.09.2009 betreffend Gratis-Sperrgutabfuhr

Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme

Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 3876

Gemeinderat Christoph Morat, Vorsteher Departement Hochbau – Raumplanung (in Vertretung für Gemeinderat Robert Vogt, Vorsteher Departement Tiefbau – Umwelt): In Vertretung des abwesenden Robert Vogt möchte ich etwas zu diesem Postulat sagen. Es wird der Antrag gestellt, Gratis-Sperrgutabfuhr anzubieten in Allschwil, weil die Stadt Basel dies mit grossem Erfolg anbietet. In der Begründung heisst es dann, die Einwohner von Allschwil müssten ihr Sperrgut an die Kiesstrasse zum Entsorgen bringen, und die Variante mit dem Bekleben von Kleinsperrgut mit Vignetten sei ein wenig kompliziert. Das stimmt. Die Variante mit dem Bekleben des Kleinsperrgutes ist nicht optimal. Man müsste wirklich jedes einzelne Stück ausmessen, welche Kubatur es hat, und entsprechend der Kubatur muss man eine Anzahl Marken aufkleben. Das kann nicht für alle Gegenstände gleich einfach sein. Wie zum Beispiel misst man die Kubatur von einem Paar Ski? Da kann der Gemeinderat noch folgen. Wo der Gemeinderat nicht folgen kann, ist die Argumentation mit der Abgabe des Sperrguts zum Entsorgen an der Kiesstrasse. Wir haben zwölf Mal im Jahr Sperrgutabfuhr, also eine pro Monat. Wenn jetzt der Vorschlag kommt, dass man das zwei Mal gratis anbieten soll, dann würden natürlich die anderen zehn Abfuhr sehr unattraktiv werden. Eine Reduktion auf zwei Abfuhr – was ja die logische Konsequenz wäre, wenn man nämlich die anderen, bei denen man etwas zahlen müsste, gar nicht anbietet – würde natürlich einen Dienstleistungsabbau bedeuten, und das würde enorme Abfuhrmengen bewirken, die – wie ja auch in der Stadt Basel – tagelang liegen bleiben würden. Die Stadt Basel ist sich dort auch noch gar nicht schlüssig, wie sie das weiterbetreiben will. Der Regierungsrat muss dort noch entscheiden, ob er einem Antrag auf ein weiteres Versuchsjahr zustimmen will, aber der Entscheid fällt erst anfangs Dezember. Die Stadt Basel hat auch wegen des Abfalltourismus und wegen der wilden Deponien angefangen, diese Gratis-Sperrgutabfuhr anzubieten. Sie hat es auch zuerst in betroffenen Quartieren angeboten, im Gundeli und im St. Johann. Und dort ist es so, dass die wilden Deponien nicht signifikant abgenommen haben. Es gibt sie immer noch. Also da stellt sich schon die Frage, ob da der Erfolg tatsächlich so im Vordergrund gestanden ist. Die Bevölkerung schätzt zwar diese Dienstleistung. Denn man kann alles hinausstellen. Man muss sich nicht gross darum kümmern, was damit passiert und was es ist. Man muss sich auch nicht darum kümmern, was man selber zu entsorgen hat. Und da komme ich auch zu einer zusätzlichen Begründung, wieso der Gemeinderat dagegen ist: Es ist nämlich nicht nur Sperrgut, das man hinausstellen kann, sondern es wird alles hinausgestellt, also auch Metall, Elektroschrott etc. Und dafür gibt es heute gut funktionierende Entsorgungssysteme, und dafür haben wir in der Gemeinde Allschwil eine Dienstleistung, die wir sehr gut bewältigen können. Dann stellt sich die Frage nach dem Sperrgut für Auswärtige. Es stellt sich die grundsätzliche Frage nach dem Verursacherprinzip. Denn man könnte ja bei solchen Gratis-Sperrgutabfuhr wirklich alles hinausstellen. Gut, man hätte den Vorteil, dass die Krämer einen Teil schon wieder wegnehmen würden. Aber welche Kosten da auf die Gemeindeverwaltung zukämen, ist unabsehbar. Es widerspricht also dem Umweltgedanken, und es hat unabsehbare Kostenfolgen. Aus diesem Grund beantragt Ihnen der Gemeinderat, das Postulat nicht zu überweisen.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Warum habe ich dieses Postulat eingereicht? Die Entsorgung von Sperrgut ist offenbar für viele Allschwiler ein Problem. Ich bin öfter von Personen darauf angesprochen worden, vor allem von älteren Leuten, die gerne ein wenig räumen würden, weil sie vielleicht in absehbarer Zeit ins Altersheim gehen wollen oder sich sonst schon ein wenig von ihrem Hab und Gut lösen möchten. Darum habe ich mir gesagt, ich reiche dieses Postulat einmal ein. Und da ja auch ich von der Bevölkerung gewählt worden bin, fand ich, ich müsse hier etwas tun. Ich möchte eigentlich gerne, dass wir eine zufriedenstellende und praktikable Lösung für das Sperrgut finden. Was jetzt Christoph Morat zu Basel-Stadt sagte, das kann ich nachvollziehen, und ich habe auch schon gesehen, dass das in der Stadt ein wenig ausartet. Was bei uns in der Gemeinde eben ist: Wir können unsere Sachen an die Kiesstrasse zum Entsorgen bringen, das stimmt. Wenn aber jemand kein Auto hat oder nicht mehr fährt,

dann sitzt er auf seinem Sperrgut und kann es nicht mehr entsorgen. Wenn man zum Beispiel eine Matratze hinausstellen will oder irgendetwas, das ist dann nicht mehr Kleinsperrgut. Und die Märkli-Kleberei, eben das Ausrechnen, wie viele Marken man jetzt da oder dort aufkleben muss, das ist wirklich eine mühsame Geschichte. Jeder hat damit sicher auch schon Erfahrungen gemacht. Also ich habe es einfach gut gemeint, und aus dem Grund das Postulat eingereicht. Ich verstehe aber auch, wenn der Gemeinderat seine Argumente vorbringt, dass das auch problematisch sein kann. Ich würde es aber trotzdem bedauern, wenn man das Postulat ablehnen würde und es im Einwohnerrat keine Gnade finden würde. Dann möchte ich eigentlich den Gemeinderat bitten, dass er sich anstelle einer Gratis-Abfuhr vielleicht ein praktikablere und einfachere Lösung ausdenkt, damit die Leute, die etwas Grosses und Sperriges zu entsorgen haben, das auch loswerden können, dann eben gegen Bezahlung.

Gemeinderat Christoph Morat, Vorsteher Departement Hochbau – Raumplanung: Wir haben natürlich Verständnis für jemanden, der nicht in der Lage ist, etwas Grosses und Sperriges zur EMUAG zum Entsorgen zu bringen. Aber nochmals: Wir haben eine ordentliche Sperrgutabfuhr. Die ist einfach nur einmal im Monat. Also das gibt es tatsächlich. Und da kann man diese Matratze hinausstellen und die wird mitgenommen. Aber wenn man ausserterminlich etwas bringen will – da sind wir einverstanden. Und was das andere angeht mit dem Märkli kleben: da ist die Verwaltung daran, sich Gedanken zu machen, was man allenfalls noch verbessern könnte, damit es nicht ständig Fragen und Unsicherheiten gibt in der Bevölkerung. Es ist ja so, dass viele auf der Gemeindeverwaltung anrufen und sich dort Tipps holen, was sie genau aufkleben müssen auf so einen Gegenstand. Und da wird den Leuten auch nicht gerade der Hörer aufgelegt.

Nedim Ulusoy, Fraktion Grüne: Ich habe mich gerade heute den ganzen Tag mit der Auswertung des so genannten Pilotversuches zum Thema Gratis-Sperrgut in Basel auseinandergesetzt. Ich möchte gerne auf ein paar Punkte und Probleme hinweisen und hoffe, dass Allschwil nicht die gleichen Fehler wiederholt, wie sie in Basel gemacht wurden. Grundsätzlich ist der Begriff „gratis“ natürlich ein wenig eine Mogelpackung. Man muss sich bewusst sein, gratis ist die Entsorgung des Sperrgutes natürlich nicht, sondern das kostet etwas. Die Frage ist einfach, wer es zahlt: Zahlt es der Bürger oder zahlt es die Gemeinde. In Basel haben wir festgestellt, dass die Mengen wesentlich höher sind, als man es angenommen hat. Das heisst, dass auch die Entsorgungskosten höher sind. Dass die Gefahr von Missbrauch besteht, darauf hat Christoph Morat schon hingewiesen. In Basel wurde sogar beobachtet, dass es professionelle Wohnungsräumer gibt, die in den Haushalten kostenpflichtige Gegenstände entgegennehmen und sie dann bei der Gratis-Abfuhr auf die Strasse stellen; und das sollte natürlich nicht sein. Weiter haben wir gesehen, dass auch Kleinabfälle auf die Strasse gestellt werden – Textilien, Glas, Papier. Ziemlich alles wird hinausgestellt, auch falsche Säcke. Und es besteht eindeutig ein gewisser Missbrauch bezüglich der Gebühren. Dann gibt es auch ökologische Aspekte, die dagegen sprechen. Ich habe es schon angetönt: Glas, Papier und ähnliche Dinge, die bei der Gratis-Abfuhr hinausgestellt werden, sind für das Recycling natürlich verloren und werden nicht separat gesammelt. Also in dem Sinne ist ein Rückschritt zu befürchten, wenn man eine Gratis-Sperrgutabfuhr macht. Und zum Thema Sauberkeit: Heute war wieder ein Gratis-Sperrgutabfuhrtag. Vielleicht waren Sie heute in der Stadt. Dann haben Sie gesehen, dass die Stadtsauberkeit enorm leidet unter den Sperrgut-Häufen, die immer noch herumliegen. Und wir hatten jetzt schon das dritte oder vierte Mal – je nach Standort – solche Gratis-Abfahren. Der rechtliche Aspekt wurde auch schon angesprochen. Das Verursacherprinzip ist eigentlich auf Bundesebene vorgeschrieben. Da ist es sicher nicht im Sinne des Gesetzgebers, dass die Allgemeinheit die Entsorgung bei einzelnen Personen quersubventioniert. Das einzig Gute, das man ansprechen kann bei diesem Gratis-Sperrguttage, ist der Tauschcharakter, den es hat. Aber da meine ich, dass dieser Aspekt mit Bring- und Holtagen, wie sie die Gemeinde Allschwil ebenfalls durchführt, besser abgedeckt wird. Denn der Grossteil des Materials, das da hinausgestellt wird, findet sicher nicht einen neuen Besitzer. Ich gehe davon aus, dass es vielleicht wenige Prozent sind, die einen Besitzer finden. Das ist sicher sinnvoll, aber das kann man mit einfacheren Varianten besser lösen. Wenn man wirklich eine Wohnung räumen will, gibt es auch die Möglichkeit, einen professionellen Wohnungsräumer kommen zu lassen. Mathilde Oppliger, das wäre vielleicht etwas für Leute, die einen Haushalt auflösen möchten, die sollten das ins Auge fassen. Aufgrund dieser Ausführungen lehnen wir von der grünen Fraktion das Postulat ab und hoffen, dass die Gemeinde Allschwil nicht den gleichen Fehler wie Basel wiederholt.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Ich habe noch eine Zusatzfrage an Herrn Christoph Morat: Wie gross dürfen denn diese Gegenstände sein, die man dem Sperrgut mitgeben darf? Ist das egal, was es ist? Oder gibt es da eine obere Limite?

Gemeinderat Christoph Morat, Vorsteher Departement Hochbau – Raumplanung: Bei der Grösse der Gegenstände, die man der normalen Sperrgutabfuhr mitgibt? Oder bei der Kleinsperrgutabfuhr?

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Bei der, die einmal im Monat kommt.

Gemeinderat Christoph Morat, Vorsteher Departement Hochbau – Raumplanung: Das müsste ich selber im Abfallkalender nachschauen. Das weiss ich nicht auswendig.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Also es ist nicht gesagt, dass man einfach einen Schrank hinausstellen darf?

Gemeinderat Christoph Morat, Vorsteher Departement Hochbau – Raumplanung: Doch, doch. Wenn er Sperrgut ist. Also wenn es nicht Metall ist oder so etwas, dann kann man ihn durchaus hinausstellen. Aber ich weiss es nicht genau. Ich müsste es im Abfallkalender nachschauen.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Vielleicht könnte man das auch einmal im Allschwiler Blättli etwas besser publik machen, damit es die Leute auch wissen. Ich habe das zum Beispiel auch nicht gewusst, dass man auch grössere Gegenstände hinausstellen kann. So dass man also sagen könnte, es gibt so etwas ja schon bei uns, aber einfach gegen Bezahlung.

Jérôme Mollat, FDP/GLP-Fraktion: Wir von der FDP/GLP sind auch entschieden gegen die Einführung von Gratis-Sperrguttagen. Die beiden Hauptgründe haben die Vorredner bereits erwähnt. Der erste Grund ist der, den wir von Basel her kennen: Gratis-Sperrgut führt zu chaotischen Zuständen auf den Strassen, die wilden Deponien sehr ähnlich sind. Und zum zweiten verstösst eine Gratis-Sperrgutabfuhr auch gegen das Verursacherprinzip. Wir sehen nicht ein, warum Abfallverursacher auf Kosten der Allgemeinheit sollen Abfall produzieren dürfen. Abfallvermeidung kann wirklich nur dann erreicht werden, wenn es auch etwas kostet. Wir möchten aber anregen – Nedim Ulusoy hat es bereits erwähnt – dass man vermehrt Bring- und Holtage einführt, die sehr beliebt sind. Ich habe das aus eigener Erfahrung gesehen. Der Tag findet leider nur einmal jährlich statt. Dort finden alte Sachen eine neue Verwendung. Das erachten wir als sinnvoll. Darum würden wir es begrüssen, wenn der Gemeinderat diese Bring- und Holtage mehrmals jährlich einführen würde.

Barbara Selinger, SP/EVP-Fraktion: Das Postulat, das heute Gabi Huschke eingereicht hat, geht um diese Bring- und Holtage. Das voraus. Das hat einen Vorteil: Das, was man bringt, wird gerade wieder abgeführt, es bleibt nichts liegen. Denn – sorry, Christoph Morat, du hast mir das schon vorweggenommen – ich durfte oder musste damals nach Mitternacht durchs Gundeli fahren vor diesem Gratis-Abfuhrtag, und ich dachte, ich hätte einen Exodus verpasst oder so etwas. So etwas habe ich noch nie gesehen. Und da waren natürlich auch unsere lieben französischen Nachbarn noch unterwegs. Die Häufen lagen am Schluss auf der Fahrbahn der Dornacherstrasse. Ich hatte in der Mitte der Strasse noch ein Gässlein, um mit dem Velo zu fahren. Es sah aus, als hätten die Häuser alles ausgespuckt, was sich darin befunden hatte. So etwas Enormes habe ich noch nie gesehen. Und meine Mutter hat mir dann erzählt, die armen Leute von der Abfuhr hatten fast eine Woche lang zu tun, bis nur das Gundeli wieder geräumt war. Alle Quartierstrassen sahen in etwa ähnlich aus. Und, Mathilde, ich fand das so herzlich, wie du in der Begründung von der „Attraktivität Allschwils als Wohngemeinde“ geschrieben hast. Das sprang mir dann natürlich gerade ins Auge. Denn das Gundeli sah aus wie „Leben auf der Müllhalde“, aber nicht wie „attraktives Wohnen im Gundeli“; und ich weiss, dass es auch dort sehr schöne Wohnstrassen hat. Und die Kosten müssen enorm gewesen sein, um das wieder einzusammeln. Und ein anderer Punkt: Es hatte auch sehr viel Elektroschrott. Ganze Fernsehapparate sind dort herumgelegen. oder sie waren zum Teil auch schon wieder zerstört. Und das musste man dann auch wieder trennen. Ich habe damals gehört, Basel habe das nicht mehr so lustig gefunden und man habe davon abgesehen, weitere Gratis-Sperrguttage durchzuführen. Und eben, das mit dem Bring- und Holtage: Ich hatte das Gefühl, das schreit förmlich nach unserer Wegwerfgesellschaft, wie das Gundeli da aussah. Und die Bring- und Holtage wären ein Beispiel, wie man es auch anders machen kann.

Josua Studer, parteilos: So ein Gratis-Sperrgutttag hat auch seine wirtschaftliche Seite. Es gab diverse Leute, die sich sagen: Ich habe die Chance gepackt, um mich neu einzurichten, habe alle Möbel hinausgeworfen und habe neue geholt in der Ikea. Nur haben wir jetzt eine andere Problematik. Niemand ist Fan von diesen Gebührenmarken, weder auf den Säcken noch auf den Sperrgutteilen. Nur, die wurden eingeführt, damit das Verursacherprinzip eingehalten wird und damit nicht einfach alles herumsteht. Von dem her muss unsere Abfallkasse kostendeckend sein. Und wenn wir jetzt so eine Gratis-Sperrgutabfuhr machen würden, dann würde das immense Kosten verursachen, die dann schlussendlich auf die Sackgebühren aufgeschlagen werden. Jetzt konnten wir gerade in Allschwil die Sackgebühr Gott sei Dank senken, im Vergleich zu Basel. Und es wäre schade, wenn nun wegen Gratis-Sperrgutttagen, die von vielen missbraucht werden, die Allgemeinheit mehr für den Hauskehricht bezahlen müsste. Deshalb wäre es besser, man würde das bleiben lassen. In Basel haben sie ja bei den ersten Gratis-Sperrgutttagen, wie es Barbara Selinger erzählt hat, riesenschlechte Erfahrungen gemacht, und sie haben dazu aufgerufen, dass die Leute ihre Sachen besonnener hinausstellen sollen, anderenfalls werde das nicht mehr angeboten. Ich dachte schon, dass das nichts nützen wird. Denn wenn deine Ware draussen steht, ist sie ja nicht mehr angeschrieben, dass sie von dir sei, und wenn es dann nicht mitgenommen wird, dann holt es auch niemand zurück. Von dem her: Die Grundidee wäre gut, aber bei der Ausführung hapert es. Schlimmstenfalls, wenn man jetzt wirklich so einen Estrich räumen müsste, hätte man die Möglichkeit, eine Mulde zu bestellen. Dann kommt das mit dieser leidigen Ausrechnerei und dem Märkli aufkleben nicht zum Tragen. Und ich denke sowieso, wir haben ja da Organisationen in Allschwil wie auch den Seniorendienst, der sicher Leute stellen könnte, die das gegen Bezahlung übernehmen könnten. Ich denke auch, die älteren Leute haben immer noch jemanden, den sie kennen in Allschwil, der helfen würde, einen Estrich zu räumen, wenn dann die Grossabfuhr wäre. In Basel kennt man ja auch die Situation so: Wenn man ganze Estriche oder Keller räumen will, dann kann man den Kehrichtwagen bestellen, und der packt dann alles zusammen, und man zahlt nach Gewicht. So etwas ist vielleicht auch hier möglich mit Anton Saxer.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Ich schliesse mich Josua Studer an, ohne Namen zu nennen. Ich mache keine Werbung. Brockenstuben und Muldenzentralen sind zwei Adressen für Personen, und ich weiss das aus eigener Erfahrung und aus der Verwandtschaft: Wenn es dann vorwärts gehen soll, möchte man nicht einen Monat lang warten. Da hat Mathilde Oppliger schon recht; wenn die älteren Leute im Sinn haben, etwas räumen zu wollen. Aber die Brockenstuben kommen, und die nehmen mit, was sie brauchen können, und den Rest entsorgen sie zu einem günstigen Tarif. Und da hat man einen Hauslieferdienst, der vertrauenswürdig ist. Das einfach als Information oder als Gratis-Tipp, wenn wir schon bei gratis sind.

Christoph Benz, SP/EVP-Fraktion: Zur Situation in Basel noch Folgendes: Zuerst hatte ich mich gefreut über die Gratis-Sperrguttage, weil ich als Kind schon Zeug nach Hause geschleppt und ab und zu auch ein gutes Stück gefunden hatte. Man wurde dann enttäuscht durch diese Haufen von unbrauchbarem Material, das da wirklich, wie wenn eine Bombe eingeschlagen hätte, herumliegt. Man findet nichts mehr, vor allem ist es zerlesen, und dann gibt es eine mega Sauerei. Ich habe es heute wieder erlebt im St. Johann. Das muss ich nicht weiter ausführen. Alle haben es schon gesagt. das ist in dem Sinne schade. Was Basel auch gemerkt hat – das wurde noch nicht gesagt – die Bring- und Holtage sind in Sachen Angebot zusammengebrochen. Um 10 Uhr morgens ist nichts mehr da, ein paar verlorene Tässchen auf den Tischen in diesen grossen Hallen, und fertig. Ich habe das vor einem halben Jahr einmal angeschaut. In Allschwil sieht es erfreulicher aus, und ich wünsche mir, dass es auch weiterhin so bleibt. Was bei Bring- und Holtagen sicher ein Problem ist: Ich glaube, die Grösse der Sachen, die man anliefern darf, ist limitiert. Da müsste man sich überlegen, wie man das machen könnte. Was mir auch noch eingefallen ist: Wenn ich ein alter Mensch wäre und nicht wüsste, wohin mit meinem Zeug, es aber auch nicht einfach auf die Mulde werfen wollte, dann könnte man ja auch ein Gratis-Insert im Coop aushängen, mitteilen, was man hat, und dann können die Leute kommen und schauen; und dann kann man auch schauen, wem man es geben will. Also, es gibt, abgesehen von den Brockenstuben, noch ein paar andere kreative Möglichkeiten.

Nedim Ulusoy, Fraktion Grüne: Ich habe noch eine kleine Ergänzung, einfach damit Sie das wissen als Hintergrundinformation: In Basel ist die Gratis-Sperrmüllabfuhr nur ein Pilotversuch, der nur noch bis Ende Jahr läuft. Ende Jahr wird der Regierungsrat neu entscheiden, wie es nächstes Jahr weitergeht. Es ist also nicht so, dass das definitiv bis in alle Ewigkeit weitergeführt wird.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Zur Information: Die Firma Veolia am Kiesweg kommt auch nach Hause mit der Pressmulde und schleppt die Sachen aus den Wohnungen heraus. Diese Möglichkeit gibt es. Und dann gibt es für Allschwiler die Möglichkeit, dass man für 15 Franken ein Personenauto voll anliefern kann, egal, was drin ist. Selbst Chemieschrott und Medikamente nehmen sie entgegen.

Armin Bieri, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Wir kommen zur Abstimmung. Wer das Postulat von Mathilde Oppliger wegen Gratis-Sperrgutabfuhr an den Gemeinderat überweisen will, soll das mit der Karte bezeugen.

://:

Das Postulat wird nicht überwiesen (6 Ja, 26 Nein, 3 Enthaltungen).

481 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 10

Postulat von Jérôme Mollat, FDP/GLP-Fraktion, vom 14.09.2009 betreffend Installation einer thermischen Solaranlage auf dem Flachdach des Schulzentrums Neuallschwil

Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme

Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 3894

Gemeinderat Christoph Morat, Vorsteher Departement Hochbau – Raumplanung: Der Gemeinderat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Wir sind zum Teil auch schon aktiv geworden. Wir können das nicht selber bewältigen; denn es braucht sehr gute Fachkenntnisse, um das überhaupt zu eruieren. Wir bräuchten da einen Fachmann. Wir haben aus diesem Grund bei einem versierten Ingenieurbüro angefragt. Wir haben eine Offerte mit einem Kostendach. Das haben wir dem Postulanten auch so signalisiert, dass wir es so entgegennehmen würden. Und damit uns das nicht am ganz normalen Gebäudeunterhalt abgeht, haben wir ihn gebeten, ein entsprechendes Postulat einzugeben, das auch heute Abend verlesen wurde. Wir empfehlen Ihnen, überweisen Sie bitte dieses Postulat. Dann prüfen und berichten wir Ihnen über Möglichkeiten der Sonnenenergienutzung für diesen doch relevant hohen Anteil an Wärme, den wir im Hallenbad brauchen. Aber es braucht tatsächlich Fachpersonen, die uns da einen relativ guten Vorschlag unterbreiten können.

Jérôme Mollat, FDP/GLP-Fraktion: Ich will mich kurz fassen, denn die wesentlichen Argumente stehen schon im Postulat selber geschrieben. Wir von der FDP/GLP sind der Überzeugung, dass das Hallenbaddach der ideale Standort und der ideale Einsatzort ist für eine Solaranlage. Dort macht nämlich ein Solardach nicht nur aus ökologischer, sondern auch aus ökonomischer Sicht Sinn, weil nämlich das Hallenbad ganzjährig Warmwasser braucht. Und wir möchten auch auf die gute Gelegenheit für Allschwil hinweisen, eine ökologische Vorbildfunktion wahrzunehmen. Nicht zuletzt noch etwas zu den Kosten: Ich möchte auf die kantonalen Förderbeiträge von 10 bis 40% der Baukosten hinweisen, die dann die Kosten, die die Gemeinde Allschwil tragen müsste, wesentlich reduzieren würden. Aus all diesen Gründen möchte ich beliebt machen, dem Antrag zuzustimmen.

Armin Bieri, Präsident: Sind weitere Wortmeldungen? Das scheint nicht der Fall zu sein. Wir müssen nicht abstimmen. Wenn keine Diskussion stattfindet und der Gemeinderat das Postulat entgegennimmt, dann ist es überwiesen.

482 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 11

Motion von Josua M. Studer, vom 16.09.2009 betreffend Entlohnung der Einwohnerratssitzung analog Kommissionssitzung

Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme

Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber, Geschäft 3885

Gemeindepräsident Dr. Anton Lauber: Wir sind bereit, die Motion so entgegenzunehmen und die ganze Thematik nochmals anzuschauen. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass das Ganze schon einmal ein Thema einer Volksabstimmung war, wo es insbesondere um eine moderate Erhöhung der Entlohnung ging. Wir haben dort wenig reüssiert, und das Volk hat uns keine höheren Sitzungsgelder gegeben. Das heisst mit anderen Worten, über das System und Konzept können wir diskutieren. Ich denke, wo es dann etwas schwieriger wird, ist, wenn es dann um eine Erhöhung der Ansätze geht. Wir hatten damals 66,64% Nein-Stimmen, also gegen eine Erhöhung, und nur 33,36% Ja, also für eine Erhöhung. Also mit anderen Worten, wenn es dann um das Thema Erhöhung geht, müssen wir politische Vorsicht walten lassen.

Josua Studer, parteilos: Die ganze Motion ist nicht ausgerichtet auf eine Erhöhung der Sitzungsgelder, das ist überhaupt nicht die Idee. Die Idee ist eigentlich nur die zeitliche Abrechnung. Ich finde es nicht in Ordnung, dass pauschal drei Stunden bezahlt werden, wenn man nur während der Hälfte anwesend ist.

Armin Bieri, Präsident: Es hat keine weiteren Wortbegehren. Der Gemeinderat nimmt es entgegen. Damit ist die Motion überwiesen.

483 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 12

Verfahrenspostulat von Josua M. Studer, vom 16.09.2009 betreffend Neues Geschäftsreglement des Einwohnerrats
Antrag des Büros: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: Präsident Büro ER, Geschäft 3887

Armin Bieri, Präsident: Das Büro beantragt Entgegennahme. Es liegt ein Gegenantrag auf Nichtentgegennahme des Verfahrenspostulats vor, damit es eine Diskussion geben kann. Zuerst nehme ich namens des Büros Stellung.

Wir haben das im Büro diskutiert, gerade im Zusammenhang mit dem dringlichen Verfahrenspostulat, über das wir letztes Mal abgestimmt haben. Was gibt Sinn, was gibt nicht Sinn? Es gibt sicher nicht Sinn, wenn jetzt dieses dringliche Postulat ausgeführt wird und die Reglementscommission das hoffentlich in ein, zwei Monaten hinter sich hat und wir dann darüber abstimmen – und man gleichzeitig eine Generalüberholung des Reglements vornimmt. Was wir aber alle wissen: Es hat viele Punkte in diesem Reglement, die nicht ganz optimal sind. Und wir haben uns als Zielvorgabe vorgenommen, dass wir das Reglement bis Ende dieser Legislatur überarbeiten sollten. Also dass es an die Reglementscommission überwiesen wird, und das ist ja dann nicht gerade eine Arbeit, die morgen fertiggestellt wird, sondern die viel Arbeit macht. Damit man es nachhaltig machen kann, wäre unsere Zielvorgabe, dass man nach den Sommerferien anfängt, dann ein Jahr Zeit hat, um es auszuarbeiten, dann noch ein halbes Jahr für die Beratung im Rat, so dass zu Beginn der neuen Legislatur dann das neue Reglement da wäre. Das ist so die Vorstellung, die wir im Büro hatten, und deshalb der Antrag des Büros auf Entgegennahme. So dass es nicht kurz-, aber mittelfristig gesamtüberarbeitet werden kann.

Josua Studer, parteilos: Eine kurze Zwischenfrage: Von wem kommt der Gegenantrag, und wie lautet er?

Armin Bieri, Präsident: Der Gegenantrag kommt von Frau Selinger, SP/EVP-Fraktion, und lautet auf Nicht - Entgegennahme des Verfahrenspostulates „Neues Geschäftsreglement des Einwohnerrates“ von Josua Studer. Begründung: „Wir haben kaum erst seit Ende Mai dieses Jahres und nur mit viel Mühe die Teilrevision durch, und wir konnten noch gar nicht damit arbeiten. Und schon wieder soll eine neue Revision stattfinden. Wozu dieses Gestürm? Ich stehe zu meinem Wort von damals und achte die Arbeit der Reglementscommission, die sich damit befasste, und möchte nun erst mal sehen, wie sich diese Teilrevision, die ja unter Mitarbeit aller Fraktionen sorgfältig erarbeitet und einstimmig abgesegnet wurde,

in der Praxis bewährt. Ich kenne übrigens auch keinen Hausbesitzer, der ein einzelnes Zimmer restauriert und unmittelbar das ganze Haus zwecks Totalrenovation abreisst. Welche Verschwendung, welche Ineffizienz! Auch eine Verschiebung auf den Beginn der nächsten Legislaturperiode hin erachte ich als unklug. So kann niemand nur erahnen, welches Ausmass an Arbeit und Kosten dadurch entsteht, wenn schon allein bei jener kleinen Teilrevision nur mit Hilfe vieler Privatstunden die Sitzungsstunden in einem einigermaßen erträglichen Mass bleiben konnten. Ich empfehle Ihnen deshalb im Namen der ganzen SP/EVP-Fraktion, diesen meinen Gegenvorschlag und somit die Nichtüberweisung dieses Verfahrenspostulates zu unterstützen.“

Josua Studer, parteilos: Danke für die Beantwortung meiner Zwischenfrage. Dankeschön, Barbara Selinger, dass du dir so Mühe gegeben hast, den Gegenantrag ausführlich zu formulieren. Ich möchte darauf hinweisen, dass der Auslöser für dieses Verfahrenspostulat eigentlich darin liegt, dass der Präsident der Reglementscommission, der zurzeit abwesend ist, sich ganz klar dazu geäußert hatte, dass er eine Komplettüberholung befürworten würde. Aber weil damals gewisse Anträge vom ehemaligen Einwohnerrat Thomas Pfaff vorlagen, sollten zuerst einmal die abgearbeitet und umgesetzt werden. Und sobald man die Möglichkeit haben würde, sollte man das Weitere anpacken. Und die Kosten, die du jetzt im Gegenantrag angesprochen hast, die habe ich ja versucht zu mindern, indem ich alles soweit zusammengestellt habe, so dass es jetzt in dem Sinne ist, wie sich die Reglementscommission bei ihrer Beratung geäußert hat. Denn am Anfang war ich dort ja noch dabei. Damals hat man sich geeinigt, dass man das auf der Grundlage des Einwohnerratsreglements der Gemeinde Pratteln ausführen würde. Und weil das eine einhellige Meinung war, habe ich dieses Reglement als Grundlage genommen, habe Anpassungen an Allschwil gemacht, und somit müsste man eigentlich nur noch differenziert gewisse Sachen anschauen, und der Rest wäre schon erledigt. Wenn das Büro selber, das dieses Verfahrenspostulat prüfen musste, der Meinung ist, dass das nicht schlecht wäre, und den Zeithorizont auf Ende dieser Legislatur setzt, dann, würde ich sagen, zeigt das ganz klar auf, dass das keinen sehr dringlichen Handlungsbedarf hat. Aber man muss es doch mal an die Hand nehmen. Und wenn wir zum Start der nächsten Legislatur ein neues Reglement hätten, dann wäre das noch eine bessere Idee als das, was die Reglementscommission ursprünglich vorhatte, nämlich dass man es auf Anfang des jetzigen Legislaturjahres hätte machen sollen. Deshalb finde ich es auch sehr klug, wenn man es auf Anfang der nächsten Legislatur macht. Dann hat man keinen Zeitdruck, und von dem her wäre es schon wünschenswert, wenn es überwiesen würde. Die Reglementscommission muss sich nicht sofort daranmachen, aber sie hat einen Zeithorizont und kann es ruhig angehen. Wenn wir es jetzt nicht überweisen, dann werden wir auch in zehn Jahren noch nichts Schlaues in Händen haben. Und das, was wir momentan haben, ist leider ein Flickwerk, bei dem man versucht hat, ein bisschen Schadenbegrenzung zu machen. Aber es wäre gut, wenn man es jetzt ganz überarbeiten würde. Und ich bin erstaunt, dass Jürg Gass als Präsident der Reglementscommission und Angehöriger der SP/EVP-Fraktion jetzt anscheinend nicht mehr gleicher Meinung ist, wie er es damals aussagte. Denn du hast ja in deinem Gegenantrag gesagt, die gesamte Fraktion sei gegen die Überweisung. Das ist einfach schade. Der Präsident Jürg Gass sagte nämlich in einer Bürositzung ganz klar, dass er einen Antrag einreichen wolle in genau dem Sinne, was ich jetzt postuliere. Und weil er es nicht machte, habe ich es eben jetzt getan.

Peter von Arx, FDP/GLP-Fraktion: Ich bin in dieser Kommission dabei, und wir haben einstimmig beschlossen, dass wir mal mit dem neu überarbeiteten Reglement Erfahrungen sammeln wollen und weiter im Auge haben, die Gesamtrevision in Angriff zu nehmen. Wir sind uns aber auch im Klaren, dass wir da eine riesige Arbeit auf uns nehmen müssen, und wir sind auch auf Aussenarbeit angewiesen. Das heisst, Jürg Gass ist im Moment in Abklärung mit der Gemeinde, wie man das macht, und ob man da einen Juristen hat, der mithilft, die ganze Sache zu machen, damit man es nachher überweisen kann. Wir sind uns im Klaren, dass es eine Revision braucht, und es ist auch sicher wichtig, dass man das tut. Aber ich glaube, man sollte jetzt nicht überstürzt irgendetwas überweisen und es nachher eventuell wieder zurückziehen müssen. Ich würde Ihnen empfehlen, den Antrag nicht zu überweisen und auf die Kommission zu warten, resp. auf die Vorschläge, die wir dann machen. Wir sind daran, und wir sind gewillt, das zu machen. Aber wir müssen unsere Zeit haben, und wir müssen auch den richtigen Background dafür haben.

Barbara Selinger, SP/EVP-Fraktion: Ich möchte nur nochmals Stellung nehmen wegen Jürg Gass. Er hat mir das so gesagt, dass er ein ungutes Gefühl hat, wenn er daran denkt, wie viele Stunden das in Anspruch genommen hat, und dass die von der Kommission zu Hause sehr, sehr viele Stunden daran sassen, damit nicht noch mehr Sitzungsgeld dafür geopfert wird. Darum sagte er, es sei ihm eigentlich nicht sehr wohl bei dem Gedanken, was das auslöst an Stunden und an Sitzungsgeldern, wenn man das

ganze Reglement revidieren wollte und nicht nur, wie das jetzt der Fall war, eine Teilrevision vornimmt. Und von dort her, sagte er, sei er gewissermassen ambivalent, was das Postulat und den Gegenantrag angeht. Sorry, ich hoffe, ich tue ihm jetzt nicht unrecht. Ich wolle das nur ein bisschen erklären.

Hans-Peter Tschui, SVP-Fraktion: Kurz und bündig: Die SVP-Fraktion ist für Überweisung dieses Postulats. Man sollte jetzt Nägel mit Köpfen machen. Wir verbinden das auch mit dem Wunsch, dass das Vorhaben in Rahmenbedingungen eingebunden wird, so dass zum Ende dieser Legislatur die Revision des Reglements abgeschlossen ist.

Josua Studer, parteilos: Ich bin jetzt gerade ein bisschen irritiert. Die Reglementscommission begrüsst es, hat es schon halb an die Hand genommen, möchte es umsetzen, aber man soll jetzt dieses Verfahrenspostulat nicht überweisen. Das schmeckt einfach so, dass man dann später sagen kann, die Reglementscommission hat das lanciert, die Reglementscommission hat das erbracht. Und dass man dann nicht sagen muss, dieser oder jener hat da mal ein Verfahrenspostulat eingebracht. Ich finde es schade, dass das jetzt auf Personen reduziert wird und nicht auf die Sache. Wir haben jetzt gehört, es wäre gut, wenn man es tun würde. Ich verlange ja auch nicht, dass es per sofort geschieht. Ich finde gut, was die Reglementscommission im Auge hat, für Ende Legislatur oder auf die nächste Legislatur hin. Wenn es dann nicht reichen sollte – nicht so tragisch. Aber Hans-Peter Tschui hat es gesagt: Nägel mit Köpfen. Also überweisen wir es doch, dann ist die Sache gegessen. Und wenn ihr wollt, dürft ihr gerne meinen Namen streichen, der muss nicht erwähnt werden. Es geht um die Sache.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Die CVP-Fraktion ist auch für Überweisung, und wir finden, irgendwann muss es ja einmal in Angriff genommen werden, dieses Reglement zu revidieren. Und wenn man das immer hinauszögert und hinauszögert – einmal muss es ja gemacht werden. Wegen der Stunden: Egal, wann es gemacht wird, kostet es Stunden und Sitzungsgelder. Aber wenn man sagt, man schiebt es jetzt ein wenig hinaus, dann muss es ja irgendwann trotzdem gemacht werden. Darum sind wir auch dafür, dass man Nägel mit Köpfen macht.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Wenn ich das für mich jetzt so zusammenfasse, dann kommt mir der Gedanke, dass wir in dieser Kommission ja Vertreterinnen und Vertreter aller Fraktionen haben, und dass die das ja machen wollen, und dass man denen die Möglichkeit gibt, es so zu bestimmen, dass sie es fachgerecht und zeitgerecht machen können. Somit ist es nicht nötig, dass wir das überweisen. denn ein gewisses Vertrauen haben wir in unsere eigenen Leute, und ein gewisses Grundvertrauen müssen wir auch in die Kommissionen haben, sonst können wir sie nämlich gleich abschaffen.

Armin Bieri, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Wir kommen zur Abstimmung.

://:

Das Verfahrenspostulat wird nicht überwiesen (16 Ja, 18 Nein, 3 Enthaltungen).

Josua Studer, parteilos: Kurzes Schlusswort als Postulant. Schade, dass wir es nicht überwiesen haben. Beruhigend ist: Die Kommission wird ja trotzdem weiterarbeiten, weil sie das ja will. Es ist einfach paradox. Aber das ist anscheinend Politik in Allschwil.

484 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 13

Motion von Josua M. Studer, vom 16.09.2009 betreffend Tonaufnahme der Einwohnerratssitzungen als Podcast

Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme

Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber, Geschäft 3890

Gemeindepräsident Dr. Anton Lauber: Es gibt auch Positives heute Abend, Josua Studer. Wir können uns durchringen, obwohl es von dir kommt, diese Motion als Postulat entgegenzunehmen. Ich möchte vielleicht noch schnell zurückkommen auf das andere Thema wegen der Sitzungsgelder: 75 Franken geteilt durch 3 gibt 25; und das normale Sitzungsgeld ist über 30. Also wir haben dann schon noch eine Diskussion. Die, die knallhart die drei Stunden sitzen bleiben, verdienen dann ein wenig mehr. Und das müssen wir dann kompensieren durch die, die früher gehen... oder ich weiss auch nicht, wie wir das lösen sollen. – Ist nicht so ernst gemeint. Aber wir schauen es an.

Jetzt Tonaufnahmen Einwohnerratssitzung: Es wurde als Motion eingereicht. Wir denken, man sollte es einmal als Postulat entgegennehmen. Es ist so, es gibt in anderen Gemeinden bereits die Möglichkeit, dass man im Einwohnerrat nur ein Beschlussprotokoll führt, und dass man dann die Einwohnerratssitzungen als Podcast herunterladen kann. Die haben dann ein Inhaltsverzeichnis, so dass man nach einem Stichwort hineinspringen kann, dorthin, wo man es anhören will. Das heisst, man muss also nicht drei Stunden zuhören, um das Schlusswort des Einwohnerratspräsidenten zu hören, sondern man kann gemäss dem Inhaltsverzeichnis durchgehen. Das hat ganz klar natürlich gewisse Vorteile. Logisch, es kommt authentisch rüber, es wird nicht transkribiert, wie man so schön sagt. Es kann zu jeder Zeit und überall, auch auf dem Skilift, angehört werden, was sicher interessant ist. Gleichzeitig, und das ist noch interessanter, Josua Studer, kann es auch Geld sparen, denn letztendlich kostet die Transkription dieser ewig langen Einwohnerratsprotokolle während drei Stunden natürlich Geld. Wir reden da von etwa 14'000 Franken im Jahr. Es gibt natürlich auch gewisse Nachteile. Das heisst, das Abhören ist das eine, aber „Aus den Ohren, aus dem Sinn“, will ich mal sagen. Man muss es dann also trotzdem abtippen. Sobald man auf ein Protokoll Bezug nehmen will, muss man dann diese Textstelle abtippen, um dann aufgrund des Protokolls arbeiten zu können. Das andere ist auch, dass dann natürlich nur noch Beschlussprotokolle zur Verfügung stehen, was es nicht so einfach macht, relativ schnell wieder auf die damaligen Voten zurückgreifen zu können, was halt mit Papier eben doch möglich ist. Es sind ja nicht alle Leute derart schon mit der Online-Technik versiert, wie das heute auf die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte zutrifft. Aber summa summarum sind wir der Meinung, dass die Idee durchaus prüfenswert wäre, und dass das einer der Ausbausteine sein könnte unserer kommenden Homepage von Allschwil.

Josua Studer, parteilos: Ich wandle mich jetzt gerade vom Motionär in den Postulanten um. Ich bedanke mich beim Gemeinderat, dass er es als Postulat entgegennehmen möchte, und selbstverständlich bin ich einverstanden und bedanke mich für die Ausführungen.

Armin Bieri, Präsident: Wir hatten gerade eine kurze Diskussion. Beim Postulat muss man abstimmen für die Entgegennahme, bei der Motion muss man es nicht. Da es jetzt der Antrag auf Umwandlung gestellt ist, braucht es eine Abstimmung. Der Gemeinderat bleibt bei Entgegennahme. – Es gibt zunächst eine kurze Diskussion.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Wir stellen Antrag auf Nichtüberweisen. Es stehen mehrere Gründe hintendran. Heute Abend wurde einmal gesagt, beim Haus-Räumen könne man ja auch auf die Senioren zurückgreifen. In ein paar Jahren bin ich das auch. Und ich weiss, dass für ganz viele Leuten in einer Generation, in die ich jetzt langsam hineinschwimme oder hineinplätschere, diese ganze Technik, die da angesprochen wird, nicht mehr nachvollziehbar ist. Wir können zu Leuten, die betroffen sind durch irgendein Geschäft, über das wir reden, nicht einfach sagen: Geh ins Internet und schau dir das an! Der Grossteil von Mitmenschen, die fünf oder zehn Jahre älter sind als ich, ist dieser Technik nicht gewachsen. Und ein grosser Teil sind ehemalige Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte; ein grosser Teil ist engagiert in sehr viel Freiwilligenarbeit, und sie haben diese Technik nicht. Da kann man nicht einfach sagen: Wir können das denen nicht zum Lesen geben. Und zum Einwand vom Gemeinderat vorhin, man

könne es ja abtippen, um jemandem zu zeigen, was gelaufen ist – da braucht es ja fast wieder jemanden, der es abtippt. Wir sind der Meinung: das eine tun – okay. Aber bitte das andere nicht lassen.

Josua Studer, parteilos: Ich bitte doch sehr, dass ihr diesen Antrag zurückzieht. Ich habe mit keiner Silbe gesagt „anstelle eines solchen Protokolls“. Wenn der Gemeinderat das anbietet, dann bringt er das in seinem Bericht zum Postulat, und dann kann man immer noch verfahren wie man will. Aber wenn jetzt der Gemeinderat bereit wäre, so etwas zu machen, fände ich es nicht toll, einfach nur Leute ins Spiel zu bringen, die anscheinend mit dieser Technik nicht umgehen können, und derentwegen soll man es anderen vorenthalten, die mit dieser Technik umgehen können. Ich habe ganz klar die Forderung gestellt, dass man das einfach als Podcast herunterladen und anhören kann. In welcher Form, das wird sich ergeben. Ich habe das nicht an eine genaue Forderung gebunden, sondern ich möchte einfach, dass man das, was ja sowieso aufgenommen wird, ins Netz stellt. Und alles andere ist eine Ausschmückung und hat mit meinem Vorstoss nicht direkt etwas zu tun.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Für mich persönlich ist es sehr wichtig, dass die Papierprotokolle beibehalten werden, und zwar auch aus dem Grund: Wir machen hier Gesetze, und die müssen mitunter ausgelegt werden. Und da kann es sehr wesentlich sein, was im Rat genau gesagt wurde. Da halte ich es für sehr wichtig, dass man auf das Papierprotokoll zurückgreifen kann.

Gemeindepräsident Dr. Anton Lauber: Jean-Jacques Winter, wir müssen keine ellenlange Diskussion führen zu diesem Thema. Ich denke, da liegt ein Missverständnis vor. Das ist ja genau der Grund, weshalb wir es als Postulat entgegennehmen und nicht als Motion, damit eben die Möglichkeiten überprüft und gegeneinander abgewogen werden können. Damit sind noch keine Entscheide gefallen, ob dann die Printversion à tout prix wegfällt. Es stehen einfach 14'000 Franken im Raum. Und da wird dann der Gemeinderat mit einem Lösungsvorschlag kommen im Rahmen des Postulats. Also ich denke, man muss das nicht jetzt schon abweisen, denn wie gesagt: Das eine tun und das andere nicht lassen – dann musst du halt heute Abend einmal ja sagen.

Barbara Selinger, SP/EVP-Fraktion: Sorry, ich habe etwas missverstanden. Ich meinte, Anton Lauber habe gesagt, das schriftliche Protokoll werde durch die Tonaufnahme ersetzt aus Spargründen.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Die CVP könnte eventuell zustimmen, wenn beide Möglichkeiten angeboten werden, die schriftliche Version und der Podcast. Wir möchten das auch schriftlich lesen und nicht nur anhören können.

Hans-Peter Tschui, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion hat ein wenig eine indifferente Haltung. Grundsätzlich sind wir dafür, wir betrachten es als ein technisches „nice to have“. Zwei Sachen interessieren uns: Ist während der laufenden Legislatur je einmal ein solcher Protokollabgleich verlangt worden in der Verwaltung? Und die zweite Frage eher zur Unterhaltung: Hat die Verwaltung genug Raum resp. Speicherplatz auf ihren Servern für die Protokoll-Hörbuchbibliothek?

Simon Maurer, SP/EVP-Fraktion: Ich hatte aufgestreckt, weil ich auch nicht ganz drausgekommen bin, als Toni Lauber anfang vom Geld sparen zu reden, und dass dann verzichtet wird auf das Papierprotokoll. Daraufhin habe ich noch mal die Motion/das Postulat von Josua Studer durchgelesen; und wie er selber schon sagte: Da steht mit keinem Wort drin, dass man das Papierprotokoll abschaffen soll. Von daher kann ich durchaus damit leben, dass man die Protokolle auch als Tonaufzeichnung auf der Website zur Verfügung stellt.

Gemeindepräsident Dr. Anton Lauber: Also nochmals, damit es für alle ganz klar ist: Es freut mich, dass Kosten derart hellhörig machen in diesem Rat. Das ist vorbildlich. Ich sagte nur, dass man mit dem Papier 14'000 Franken sparen kann. Es ist aber noch nicht beschlossen, dass man spart. Deswegen die Entgegennahme als Postulat. Einfach damit das hier für alle nochmals klar ist. Dann habe ich mich noch schnell bei der Verwalterin erkundigt: Es ist noch nie jemand auf die Gemeinde gekommen und hat ein Skriptum verlangt. Vielleicht rufen es eben doch alle im Internet ab, wo man es ja nachschauen kann. Handkehrum dürfen wir uns nichts vormachen: Diese 40 Seiten durchzustudieren, ist auch relativ

schwierig. Ihr alle tut das sicher – vom Publikum her ist uns das aber noch nicht ganz klar. Was die Server angeht: Gute Frage! Ich weiss es nicht. Auch darum muss ich darauf hinweisen, dass wir es eben deswegen als Postulat entgegennehmen und nicht als Motion. Ich weiss nicht, wie viele Terabytes das dann füllen wird, diese ganzen Protokolle.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Ich bin ebenfalls, wenn schon, dann für beides. Das Zweite hat natürlich auch noch den Nachteil für mich – ich muss es eben jetzt persönlich sagen, Josua Studer, es hat auch mit dir zu tun, denn du bist mehrmals im Rat auch ermahnt worden für deine verbalen Entgleisungen: Wenn diese Wortfetzen herausgeschnitten würden im Podcast – das ist möglich, wenn ich man es abhören kann – dann könnte man das weltweit hören. Und das möchte ich nicht. Ich möchte nicht, dass man weltweit deine Wortfetzen, wenn du wieder mal explodierst, hören kann. Von daher bin ich dagegen. Der Vorteil eines schriftlichen Protokolls ist, dass man scrollen kann, man kann es durchblättern. Der Gemeindepräsident hat gesagt, bei den neuen Podcasts kann man auch Stichwörter eingeben. Ich bin aber doch der Meinung, man muss dann eine gewisse Sequenz durchhören, während ich beim schriftlichen Protokoll, auch wenn es im Internet steht, durchscrollen und einzelne Wörter anschauen kann. Deswegen bin ich heute Abend gegen das Überweisen.

Josua Studer, parteilos: Andreas Bammatter, ganz kurz: Einwohnerratssitzungen sind öffentlich. Jedermann, der hier drin sitzt, kann nichts heraus schneiden. Der hört 1:1, was ich sage. Zweitens kann ich zu meinem Wort stehen, ich kann auch zur Lautstärke, zu gewissen Äusserungen stehen. Weltweit darf man das hören, ich habe damit kein Problem, das ist ja schön. Es gibt jetzt gerade wegen dem, was du angesprochen hast, ein riesiges „Muss“, dass das machen soll. Ich habe in der Pause kurz mit dem Einwohnerratspräsidenten über einen Vorfall aus der letzten Sitzung diskutiert, und es hat sich herausgestellt, dass er meine Aussage, wie ich sie getätigt habe, im Ton und der Wortwahl und so, anders verstanden hat, als ich es rüberbringen wollte. Ich habe ihm versichert, dass das nicht so gemeint war, wie er es verstanden hat und wie es je nachdem auch andere hier drin verstanden haben. Jetzt gibt es die grosse Möglichkeit, dass ich ohne grossen Aufwand diese Sequenz anhören kann, mich selbst spiegeln und nachschauen kann, ob ich das wirklich so gesagt habe, und ob das wirklich so tönt, wie es verstanden wurde. Und dann kann ich an mir arbeiten, und dann profitieren alle.

Simon Maurer, SP/EVP-Fraktion: Ich habe noch eine kleine Bitte an den Gemeinderat, wenn Sie dann das Postulat ausarbeiten. Soviel ich weiss, brauchen Medien, die hier drin Bild- oder Tonaufnahmen machen wollen, eine Bewilligung. Also man sollte irgendwie auch noch rechtlich prüfen, wie man das handhabt. Also wenn jetzt irgendein Radiosender, oder wer auch immer, das Gefühl hat, er nimmt jetzt diesen Podcast und braucht ihn für weiss Gott was für eine Sendung – ich denke, das müsste man sicher auch berücksichtigen.

Nedim Ulusoy, Fraktion Grüne: Josua Studer, nur noch ein kleiner Tipp an dich: Wenn du an deiner Wortwahl arbeiten willst – es gibt da so kleine Diktiergeräte, von denen du eines mitnehmen und dich selber aufnehmen könntest und es dann abhören.

Armin Bieri, Präsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Noch etwas zur Serverkapazität. Das ist nicht so üppig. Drei Stunden gesprochen ergeben etwa 100 MB. Das weiss ich aus Erfahrung, das kann sich die Gemeinde Allschwil noch leisten. – Wir kommen zur Abstimmung.

://:

Das Postulat wird mit 18 Ja – bei 13 Nein und 4 Enthaltungen – überwiesen.

Armin Bieri, Präsident: Ich hatte gehofft, wir schaffen die Traktandenliste. Es ist jetzt 9 Uhr, und damit müssen wir das letzte Postulat canceln. Ich schliesse hiermit die Sitzung.

ENDE DER SITZUNG
